



FIKTION oder REALITÄT?

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



- über ansonsten nicht nur für den Unterricht nützliche mannigfaltige Hinweise.

Eine Zeitung lebt unter anderem und nicht zuletzt davon, welche Resonanz sie in der Leserschaft findet. Insofern sind auch wir extrem auf Rückmeldungen zur Inhaltlichkeit und Gestaltung des *insiders* angewiesen. Diese Rückmeldungen vermischen wir, auch wenn uns dieses Mal eine (!) Leserzuschrift erreichte (S. 3). Schön wäre es, wenn die Leser*innen aktiver in die Gestaltung des *insiders* eingreifen würden. Insbesondere können wir nur immer wieder aufrufen, Projekte aus und in den Schulen zu melden und darüber zu berichten. Immer wieder stellen wir mit Verwunderung fest, dass an den hessischen berufsbildenden Schulen eine Menge an interessanten und berichtenswerten Projekten stattfinden und letztlich im Verborgenen bleiben. Auch die in diesem *insider* dargestellten zwei Projekte wurden uns mehr zufällig bekannt, so dass wir dann nachhaken und auch fündig werden konnten.

Also: traut Euch, über Eure Projekte zu berichten, unsere Unterstützung ist Euch gewiss.

In diesem Sinne grüße ich

Dieter Frey

wieder einmal halten Sie den neuen *insider* in der Hand. Auch dieses Mal sind wir unserem Ansatz treu geblieben, Aktuelles, übergreifende Themen, Hessenspezifisches und Projekte an hessischen berufsbildenden Schulen in einen ausgewogenen Mix zu bringen. Insofern lesen Sie

- über die Beschreibung aktueller Vorgänge wie Entwurf des Hessischen Schulgesetzes, die Mittelzurückhaltung der Selbstständigen Schulen, Informationen aus dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer, den Ausbildungsreport des DGB etc.
- über Themen, die über Hessen hinausweisen wie Lehrkräftenachwuchs an beruflichen Schulen, Rolle der berufsbildenden Schulen, Anrechnung nonformaler und informeller Kompetenzen, Lebensentgelte, Neuordnungen von Berufen, Digitalisierung und Facharbeit oder Kommentare zum OECD-Bericht, um nur einige Stichworte zu nennen
- über zwei interessante Projekte aus hessischen berufsbildenden Schulen

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Schulgesetzentwurf	3
news	4
„Schule und Gesundheit“ – eine Langzeitaufgabe	6
Zur Stärkung der Berufsbildenden Schulen	8
hprll-intern	10
SES/SBS – Budgettierung vor dem Ende?	11
Abschied vom „linken Lager“ ?	12
Lehrkräftemangel an Berufsbildenden Schulen	13
PTA – ein (fast) unbekanntes Wesen	14
Auch Einstein hatte es schwer	15
Neue Publikationen	16
Medienkompetenz: Viel mehr als Technikwissen	17
Digitalisierung und Facharbeit in Einklang bringen	18
Modernisierung von Berufsschulen	19
Sternstunde unter dem Zelt	20
UN-Resolution zur Regulierung privater Bildungsträger	21
Bundesweites Anerkennungssystem für Kompetenzen	22
Wettbewerb: Gelbe Hand	23
Mit Niqab am Zerspanungs-Automat	24
Lebensentgelte: Qualifikation zahlt sich aus	25
Beruflich Qualifizierte an die Hochschulen im Lande Hessen	25
Didaktik im Brennpunkt von Diskussion und Gestaltung	26
Acht modernisierte Berufe	27
Zur Produktionsschule	28
DGB -Ausbildungsreport 2016	29
Stimmen zum OECD-Bildungsbericht 2016	30
Online-Spiel: „Mala & die Billig-Zombies“	32

Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit **Stöcken und Steinen** kämpfen.

Albert Einstein

SCHULGESETZENTWURF VON CDU/GRÜNE

Kurz vor Redaktionsschluss legten die Regierungsfraktionen von CDU und Grünen ihren Entwurf zur Schulgesetzänderung vor (Landtagsdrucksache 19/3846). Die wichtigsten angedachten Änderungen für die Berufsbildenden Schulen werden hier benannt. **Vorab:** Es handelt sich um einen Entwurf, der sich in den Beratungen im Landtag noch ändern kann.

Produktionsschule

Das Positive zuerst: Nach jahrzehntelangem Eintreten der GEW für Produktionsschulen als eine Form der Berufsvorbereitung soll jetzt die Möglichkeit geschaffen werden, dass die verlängerte Schulpflicht auch in Produktionsschulen möglich ist und dass Berufsbildende Schulen aufgefordert sind, sich daran zu beteiligen. Damit werden Produktionsschulen erstmalig in einem Gesetz erwähnt und erhalten einen rechtlichen Status, wenn auch nur in einem bescheidenen Umfang (vgl. S. 28).

Gleichwohl gibt diese Erweiterung den bestehenden wie auch den neu zu gründenden Produktionsschulen eine gewisse Handlungsmöglichkeit und den sich beteiligenden berufsbildenden Schulen rechtliche und politische Hilfestellung.

Fachoberschule

Die Gliederung der Stundentafel, wie in der Verordnung formuliert, soll gesetzlich verankert werden. In Zukunft soll in der FOS nach Punkten bewertet werden und nicht mehr nach Noten. Schulische Praktika sollen weiter eingeschränkt werden und nur noch in „begründe-

ten Ausnahmefällen“ möglich sein.

Berufliches Gymnasium

Zum Beruflichen Gymnasium gibt es zwar viele Änderungen, aber diese beschreiben nur die bisherigen Festlegungen in der Verordnung bzw. schreiben Fachrichtungen und Schwerpunkte fest, die bisher nur erprobt werden durften. Positiv ist zu bewerten, dass neben Kunst und Musik auch Darstellendes Spiel als Fach möglich sein soll.

Einjährige Höhere Berufsfachschule

Die einjährige Höhere Berufsfachschule soll abgeschafft werden. Durch eine Übergangsvorschrift soll geregelt werden, dass diese bis zum Ende des Schuljahres 2020/2021 fortgeführt werden kann.



Selbständige Schule

Es wird nun auch geregelt, wie eine selbständige Schule wieder zu einer „nicht-selbstständigen Schule“ wird. Bei den rechtlich selbständigen Schulen (vier in Hessen) soll die Kompetenz des Verwaltungsrats eingeschränkt werden. Über Schulprogramm und die Zusammenarbeit mit Betrieben

sollen wieder die Konferenzen entscheiden.

Sonstiges

Für die Festlegung von Fachklassenstandorten soll in Zukunft nur noch das HKM zuständig sein.

Freiwillige Wiederholungen sollen zukünftig auch in den beruflichen Schulformen und in den Schulen für Erwachsene (SfE) möglich sein.

Erste Wertung

Grundsätzlich fehlt es an einer fundierten Konzeption zur Weiterentwicklung des Schulwesens und insbesondere des Übergangs in Ausbildung oder Studium.

Produktionsschulen, schön, aber: die einjährige Höhere Berufsfachschule (HBFS) soll ohne gleichwertigen Ersatz abgeschafft werden. Das heißt, für Schülerinnen und Schüler mit schwächerem Realschulabschluss wird es keine schulischen Möglichkeiten mehr geben. Aber auch vollschulische Ersatzplätze für mangelnde Ausbildungsplätze sind nicht in Sicht. Das macht mich erstmal wütend und sprachlos!

Der GEW-Landesvorstand wird Mitte November eine Stellungnahme erarbeiten und das weitere Vorgehen besprechen. Ihr werdet dann zeitnah über die Vertrauensleute informiert.

Download der Landtagsdrucksache unter:

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/19/6/03846.pdf>

Ralf Becker

Wie viele berufsbildende Schulen gibt es?

In Hessen gibt es insgesamt 48 private und 114 öffentliche berufsbildende Schulen. Rechnet man bei den öffentlichen Schulen noch die speziellen Schulen wie die Akademie für Tonkunst Darmstadt, die Weinbauschule Eltville, die Musikakademien in Wiesbaden und Kassel, die Fachschule für Agrarwirtschaft Fulda, die Berufsschule beim Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen und die Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule heraus, so verbleiben 107 „echte“ berufsbildende Schulen in Hessen. Die zwei Listen der Schulen können bei der Redaktion angefordert werden.

Neues Portal zu Übergang in Ausbildung und Beruf

Überaus, die BIBB-Fachstelle für Übergänge in Ausbildung und Beruf, ist aus der Zusammenführung von qualiboXX und Good-Practice-Center entstanden. Im offenen Bereich des neuen Portals von ueberaus.de finden sich alle Informationen zu den Handlungsfeldern am Übergang Schule - Beruf. Ob in Praxisberichten, Gastbeiträgen, Interviews oder Materialien, hier wird alles Relevante zusammengetragen. Interessierte können sich so leicht einen Überblick verschaffen. In den Dossiers wird alles, was nötig ist, um sich zu einem bestimmten Thema weitergehend zu informieren, gebündelt. Zu Neuigkeiten auf dem Portal kann man einen Newsletter abonnieren.

Hochschultage Berufliche Bildung

Vom 13. bis 15. März 2017 finden die 19. Hochschultage Berufliche Bildung an der Universität zu Köln statt. Weitere Informationen zu den Hochschultagen unter www.htbb-2017.uni-koeln.de

Leserbrief:

Wunderbare Zeitung

Ich darf an dieser Stelle sagen, dass der insider wunderbar vielseitig ist, so dass ich ihn auch deshalb gerne an die vielen neuen KollegInnen verteile, um für die GEW Werbung zu machen. Zuletzt wurde er mir fast aus der Hand gerissen und ist auf ein großes Echo gestoßen, aber auch von den Altein-gesessenen wird der Insider gerne gelesen.

Herzlichsten Dank für die ganze Arbeit und Mühe

Matthias Wallich, MES

Neue Lehrpläne für den Religionsunterricht

Ab dem Schuljahr 2016/17 gelten in den Berufsschulen für den evangelischen wie katholischen RU neue Lehrpläne. Die beiden Lehrpläne finden sich unter: [https://kultusministerium.hessen.de/schule/bildungsstandards-kerncurricula-und-lehrplaene/lehrplaene/berufliche-](https://kultusministerium.hessen.de/schule/bildungsstandards-kerncurricula-und-lehrplaene/lehrplaene/berufliche-schulen/berufsschule-bs)

[schulen/berufsschule-bs](http://www.kultusministerium.hessen.de/schulen/berufsschule-bs). Nach Informationen aus den Lehrplangruppen war das Verfahren viel zu mühsam, intransparent und lang. Dass die Mitglieder der beiden Lehrplangruppen deshalb stark verärgert sind, wundert nicht. Wichtig ist aber auch festzuhalten: Die Reaktionen auf den Lehrplan während der ersten Implementierungstagung am 19. September 2016 im PZ Naurod waren durchweg positiv. Der Lehrplan kann offensichtlich durch seine Praxisnähe und ökumenische Kompatibilität überzeugen.

Unterrichtsmaterial zu PoWi

Unter jugend-shop.de bietet die Stiftung Jugend und Bildung Materialien an. Unter www.sozialpolitik.com findet man Arbeitsblätter und Materialien rund um das Thema Sozialpolitik, auch in Klassensätzen bestellbar.

Neues Bildungsportal zu Klimafolgen

Ein neues Bildungsportal des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) bietet jetzt Lehrenden und Lernenden gebündelt Informationen und Szenarien zum Klimawandel und seinen Folgen für Sektoren von der Landwirtschaft bis zum Tourismus, und das bis auf die Landkreisebene. [Über KlimafolgenOnline-Bildung.de](http://ueber.klimafolgenonline-bildung.de)

Deutscher Bildungsserver

Der Newsletter informiert alle 14 Tage über Neuigkeiten beim Deut-

schen Bildungsserver und weist auf interessante Webseiten zum Thema Bildung hin.

www.bildungsserver.de/newsletter

Arbeiten 4.0 – Glossar

Ob Big Data, Crowdfunding oder 3D-Drucker: Das Glossar erläutert die wichtigsten Fachbegriffe aus der Arbeitswelt von heute, morgen und übermorgen.

www.bildungsserver.de – Stichworte Glossar, 4.0

Dossier Digitalisierung der Arbeitswelt: Arbeit, Berufsbildung und Industrie 4.0

Digitalisierung der Arbeitswelt als Trend bezeichnet den verstärkten Einsatz neuerer Informations- und Kommunikationstechnologie und daraus folgende Veränderungen von Arbeitsbedingungen und Arbeitsformen in Hinblick auf Automatisierung und auch Rationalisierung. Die Begriffe Industrie 4.0, Arbeit 4.0 und Berufsbildung 4.0 haben sich als Bezeichnungen für anstehende Entwicklungen aus jeweils unterschiedlicher Perspektive etabliert. Die folgende Informationssammlung legt den Schwerpunkt auf Aktivitäten in Politik und Wirtschaft sowie auf Überlegungen zum Einfluss der Digitalisierung auf die Berufs(aus)bildung.

http://www.bildungsserver.de/Digitalisierung-der-Arbeitswelt-Arbeit-Berufsbildung-und-Industrie-4.0-11628.html?utm_campaign=dbsnewsletter&utm_source=mail&utm_medium=2016-17&utm_term=2016-17

Neu im Internet: Entgeltatlas

Was verdient eine Tischlerin in Berlin und was ein Mechatroniker in Nordrhein-Westfalen? Und wie sehen im Vergleich dazu die Verdienste im Bundesdurchschnitt aus? Dies sind Beispiele für Fragen, die

der Entgeltatlas der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) <http://entgeltatlas.arbeitsagentur.de> beantwortet.

Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland 2016: Leben und Einstellungen

Wer sich schnell und verlässlich über statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen zu den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland informieren will, wird im aktuellen Datenreport fündig. Die Statistiken ermöglichen zum Beispiel einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung, den Arbeitsmarkt und den Gesundheitssektor bis hin zu Fragen politischer Teilhabe.

[WZB.eu](http://www.wzb.eu): *Datenreport 2016*

Unbegleitet in Deutschland

Im vergangenen Jahr sind so viele alleinreisende junge Migrant_innen und Geflüchtete wie nie zuvor nach Deutschland gekommen. Die Jugendämter nahmen 2015 rund 42.300 Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern ankamen, in ihre Obhut. Der Anstieg beträgt 263 Prozent. Das sind 30.700 Minderjährige mehr im Vergleich zu 2014. 91 Prozent der alleinreisenden jungen Migrant_innen waren männlich. Dagegen reisten nur etwa 3.600 Mädchen unbegleitet ein. www.destatis.de

Wohnen und Mieten

Die durchschnittliche Miete pro Quadratmeterpreis beträgt in Deutschland 6,90 € in Hamburg 12,26 € in Berlin 11,18 € in Köln 11,02 € in Frankfurt/M 14,45 € in Leipzig 6,87 € in Dresden 7,69 € in Stuttgart 19,24 € und in München 20,89 € Deutschland hat in Europa den zweithöchsten Anteil der zur Miete wohnenden Bevölkerung: 47,5%. Die durchschnittliche Wohnfläche

je Einwohner in Deutschland stieg von 19,4 qm in 1960 auf 34,9 qm in 1991 und auf 46,5 qm in 2014. 1,4 Mill. Sozialwohnungen gab es 2015 in Deutschland. 2002 waren es noch 2,6 Millionen. 250.000 neue Wohnungen wurden in 2015 gebaut. 400.000 neue Wohnungen werden pro Jahr in Deutschland gebraucht.

Quellen: *Offizielle Statistiken.*

Anregung: Wäre das nicht ein Thema zum forschenden Lernen für den Unterricht in PoWi?

Glossar: „Europäische Berufsbildungspolitik?“

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) informiert in seinem Glossar „Was ist was in der Europäischen Berufsbildungspolitik?“ über die aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen, Initiativen, Instrumente und Förderprogramme der Europäischen Kommission.

Glossar auf der Webseite des ZDH

Einzelhandel beliebt

Die Ausbildung im Einzelhandel bleibt bei jungen Menschen in Deutschland insgesamt die am häufigsten gewählte Ausbildung. Mit 30.474 neuen Ausbildungsverträgen belegte der Job im Shop letztes Jahr erneut den 1. Platz unter mehr als 300 möglichen Ausbildungsberufen. Bei jungen Frauen noch beliebter war das Berufsbild Kauffrau für Büromanagement, während die Männer am liebsten KFZ-Mechatroniker lernten. Die Einzelhandelsausbildung lag bei beiden auf dem 2. Rang und war auch der einzige Beruf, der es bei beiden Geschlechtern gleichzeitig unter die ersten fünf geschafft hat.

www.destatis.de

**Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt**

„SCHULE UND GESUNDHEIT“ – EINE LANGZEITAUFGABE

Wer kennt sie nicht, die warnenden Schilder auf Zigarettenpackungen mit der Aufschrift „Rauchen gefährdet die Gesundheit“? Aber kennt ihr auch die provokante Aufschrift von sogenannten ‚Fun T-Shirts‘ mit dem Schriftzug „Schule gefährdet die Gesundheit“? Sicherlich war dies nicht der Auslöser, weshalb das Hessische Kultusministerium (HKM) die Anfänge des Zertifikats „Schule und Gesundheit“ bereits im Jahr 2002 ins Leben gerufen hat – aber ein gewisser Funken Wahrheit scheint in diesem Spruch schon drin zu sein.

Bei den freiwilligen Zertifikaten können die Schulen zwischen den Themen „Umweltbildung/ Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“, „Verkehrserziehung/ Mobilitätsbildung“, „Lehrergesundheit“ oder einem selbstgewählten Thema mit gesundheitsbezogenem Profil auswählen.

Der Weg der Vogelsbergschule Lauterbach

Als sich die Vogelsbergschule in Lauterbach im Jahr 2007 per Gesamtkonferenzbeschluss auf

prävention“ bereits sehr aktiv waren und viel auf die Beine gestellt hatten. Das dritte Pflichtzertifikat „Bewegung und Wahrnehmung“ stellte die Kolleginnen und Kollegen vor größere Herausforderungen, da dieser Bereich für uns als berufsbildende Schule eher Neuland darstellte – zumal es nicht einmal allen Klassen (Voll- und Teilzeit) möglich war, am Schulsport teilzunehmen.

Und wie war es um das freiwillige Thema „Lehrergesundheit“ gestellt – ein Thema, das nicht sehr oft von den Schulen gewählt wird. Dazu gleich mehr – zuvor jedoch noch ein kurzer Abriss über die weiteren Anforderungen des Gesamtzertifikats:

Neben einer guten Gesamtorganisation, die in unserer Schule von drei Kolleginnen übernommen wurde und die hierfür an einer Fortbildung teilnahmen, hat jede Teilgruppe zwei Sprecher/Sprecherinnen, die die jeweiligen Vorhaben des Teams im Auge behalten und regelmäßig zu Teamaktivitäten einladen. Zusammen sind es 24 Kolleginnen und Kollegen, die für dieses Zertifikat besonderes Engagement gezeigt haben. Eine ebenso unabdingbare Voraussetzung, ein solches Gesamtzertifikat zu erhalten ist es, eine große Akzeptanz für den Mehraufwand im Kollegium zu bekommen. Ein nicht ganz einfaches Vorhaben. Aber sobald man anfängt, sich die Kriterien des HKM genauer anzusehen und diese dem Kollegium transparent zu machen wird deutlich, dass viele Anforderungen sowieso schon erfüllt werden. So wirkt sich beispielsweise die Teilnahme am jährlich ausgeschriebenem Sicherheitswettbewerb durchaus positiv auf die Arbeit des Teams „Bewegung und Wahrnehmung“ aus und der „bewegte



Grundlegendes

Die Schulen, die sich für das Zertifikat „Gesundheitsfördernde Schule“ interessieren, müssen mindestens vier Teilzertifikate ‚erarbeiten‘, wobei es drei Pflichtzertifikate und mindestens ein freiwilliges Zertifikat geben muss. Seit dem Schuljahr 2005/2006 werden diese Teilzertifikate ausgestellt. Zu den Pflichtzertifikaten zählen die mit den Schwerpunkten „Ernährungs- und Verbraucherbildung“, „Bewegung und Wahrnehmung“ sowie „Sucht- und Gewaltpräventi-

den Weg machte, die Zertifizierung zu bekommen, war den Beteiligten nicht klar, dass es bis zum Frühjahr 2016 dauern würde, das Zertifikat endlich in den Händen zu halten. Sicherlich waren die beiden Schwerpunkte „Ernährungs- und Verbraucherbildung“ sowie „Sucht- und Gewaltprävention“ diejenigen, die den meisten Kolleginnen und Kollegen am ehesten präsent waren, zumal die Kolleginnen und Kollegen aus dem Gastronomiesektor und dem Bereich Ernährung sowie die Beratungslehrer mit Erfahrungen im Bereich „Sucht und Gewalt-

Unterricht“ der Sozialassistenten bekommt einen höheren Stellenwert. In vielen durchaus zusätzlichen Arbeitsstunden wurde unser Schulalltag nach Aktivitäten durchforstet, die den Anforderungen des HKM Genüge tragen. Aber dies reichte natürlich alleine nicht aus: In allen Teilbereichen wurden die Anstrengungen verstärkt, so dass auch neue Aktionen wie zum Beispiel ein „Fair Trade Tag“ in unserem Bistro genauso Standard wurde wie unser vielseitiger „Bewegungstag“ in der letzten Schulwoche, an denen sich die Schülerinnen und Schüler klassenübergreifend in verschiedene Bewegungs- und Sportangebote einwählen können.

Thema Lehrergesundheit

Sieht man sich die Teilzertifikate genauer an, so haben alle,

bis auf das Thema „Lehrergesundheit“, Schülerinnen und Schüler im Blickfeld. Unserem Kollegium ist aber klar, dass guter Unterricht nur mit gesunden Lehrkräften funktioniert. Im Flyer des HKM aus dem Jahr 2002 wurde schon zu Recht auf die hohe Belastung von Lehrkräften hingewiesen – und

auch unserem Kollegium war klar, dass zunehmende Belastungen im Schulalltag nicht spurlos an unserer Gesundheit vorübergehen. Aber sicherlich gab es auch individuelle Entscheidungen und eine gewisse unzufriedene Grundstimmung aufgrund immer höher werdender Anforderungen, weshalb sich das Kollegium bei der Abstimmung auf der Gesamtkonferenz vor neun Jahren für das Wahlthema „Lehrergesundheit“ ausgesprochen hat.

Doch wie fängt man an, das

Zertifikat „Lehrergesundheit“ zu bekommen? Das für uns naheliegendste Projekt war zu Beginn, unser Lehrerzimmer zu vergrößern, das im Schulalltag nicht ausreichend Platz für alle bot. Trotz Rummangel gelang es uns, den angrenzenden Unterrichtsraum dafür zu bekommen, und mit viel Engagement und Eigenleistung wurde der Umbau vorgenommen. Neben den runden Tischen wurden mehr Sitzplätze angeschafft, und eine abgegrenzte Sofaecke sorgt nun für mehr Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten. Weitere sehr praktische Einsätze – jedoch zu einem späteren Zeitpunkt – waren die Umgestaltung der engen Teeküche, damit Pausen nicht noch Stress verursachen, wenn man sich einen Kaffee oder Tee besorgen möchte, und ein weiteres Vorhaben, das zunächst auch auf viel Skepsis traf, die Einrichtung eines Ruhe-



raums. Dieser kommt nun vor allem Kolleginnen und Kollegen zu Gute, deren Stundenplan Nachmittagsunterricht mit vielen Freistunden aufweist, beziehungsweise denjenigen, die noch abends in der Fachschule Unterricht erteilen.

Ein erfolgreicher Pädagogischer Tag zum Thema „Lehrergesundheit“ und diverse externe aber auch interne Fortbildungen (beispielsweise zum Thema Stressmanagement oder zum Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern) gaben

uns „Futter“, den Lehreralltag in der Schule oder zu Hause zu verbessern und gesundheitsschädigende Verhaltensweisen zu überdenken.

Vor zwei Jahren gab es eine online-Befragung zum Thema „Belastung am Arbeitsplatz Schule“, die zusammen mit der medical airport service GmbH in Frankfurt und Prof. Döring-Seipel der Universität Kassel ausgewertet wurde und ‚Schwachstellen‘ und ungleiche Arbeitsbelastungen verdeutlichte. Aber wie damit umgehen? Auch hier gibt es noch viel zu tun. Entlastungen im Schulalltag könnte es beispielsweise auch in Form einer kollegialen Fallberatung geben, die ebenso im Aufbau ist wie eine Supervisionsgruppe. Auch an einem noch besseren „Schulklima“ wird permanent gearbeitet. Kolleginnen und Kollegen, die mit einer Situation unzufrieden sind, sprechen neben den Personalrat auch durchaus Kolleginnen des Teams Lehrergesundheit an, das zukünftig noch enger mit dem Personalrat zusammenarbeiten möchte. Neben der ständigen Aufgabe, die Belastung der Kolleginnen und Kollegen im Auge zu behalten und zu reduzieren, ist es dem Team ein be-

sonderes Anliegen, gemeinsam mit den anderen Teams und der Schulleitung an einem Strang zu ziehen, Prozesse transparent zu machen und einen wertschätzenden Umgang der **gesamten** Schulgemeinde zu erreichen. Gerade letztgenannter Punkt ist eine wichtige Grundlage für ein gutes Schulklima und für seelisch gesunde und motivierte Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer.

Sabine Füg

ZUR STÄRKUNG DER BERUFSBILDENDEN SCHULEN

Vorbemerkung

Die berufsbildenden Schulen werden allzuoft verkannt und unterwertig betrachtet. In der öffentlichen Wahrnehmung – befragt man z.B. Eltern der allgemein bildenden Schulen – werden die berufsbildenden Schulen oftmals auf die „Berufsschule“ reduziert, also auf sie als Teil des Dualen Systems und dort auch nur als (nicht so wichtigen) Juniorpartner begriffen. Dass die „Berufsschule“ gerade angesichts zunehmender Anforderungen an Theorie und Handlungskompetenz eine immer wichtigere Position einnimmt bleibt in dieser Wahrnehmung unberücksichtigt. Außen vor bleibt oftmals auch, dass sich die berufsbildenden Schulen bundesweit in den letzten Jahrzehnten zu einem komplexen

und differenzierten System mit 10 – 12 Schulformen/Bildungsgängen entwickelt haben, das eine hohe Durchlässigkeit mit entsprechenden Anschlüssen und Berechtigungen aufweist. Diese vielfältigen Bildungsgänge/Schulformen kann man länderübergreifend in **fünf Bereiche** unterteilen:

- Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (z.B. Berufsvorbereitungsjahr)
- Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung (z.B. Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule zum Mittleren Bildungsabschluss führend)
- Bildungsgänge der Berufsausbildung (Berufsschule als Teil

des Dualen Systems sowie vollschulische Berufsausbildung)

- Studienqualifizierende Bildungsgänge (z.B. Fachoberschule, Berufliches Gymnasium)
- Bildungsgänge der Weiterbildung (z.B. Fachschulen).

Vor diesem Hintergrund dokumentieren wir zwei Stellungnahmen, zum einen zu den Vollschulischen Bildungsgängen (GEW), zum anderen zur Berufsschule als Teil des Dualen Systems (Esser).

Dieter Staudt

Vollzeitschulische Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen als Teil einer „Strategie der Fachkräftesicherung“

Folgt man aktuellen Forschungsbefunden des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ-Report 2016-02), so erweist sich für viele Schüler/innen der Besuch eines mit einem Erwerb eines allgemeinbildenden Schulabschlusses verknüpften vollzeitschulischen Bildungsganges an einer berufsbildenden Schule als vorteilhaft. Die Schüler/innen wählen diese Bildungsgänge weder als „Warteschleifen“ noch mit dem Ziel einer direkten Verwertung auf dem Arbeitsmarkt, sondern als Baustein ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn. Zur Hochschulzugangsberechtigung (FHR und AHR) führende Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen stellen frühere Schullaufbahnentscheidungen korrigierende alternative Wege zur Hochschulreife dar. Bildungsgänge, die zur Fachhochschulreife führen – wie die „Höhere Handelsschule“ –

werden oft als gezielte Vorbereitung für eine duale Ausbildung gewählt. In zum Abitur führenden Bildungsgängen hingegen besteht eine hohe Studierneigung der Schüler/innen. Insgesamt zeigen die Schüler/innen, die eine Hochschulreife an berufsbildenden Schulen anstreben, eine hohe Präferenz zugunsten des aus ihrer Sicht attraktiven dualen Studiums. Zwar beziehen sich die Befunde auf die Schulform Berufskolleg in Nordrhein-Westfalen, die von ihrem Selbstverständnis allgemeine und berufliche Bildung miteinander kombiniert, sie dürften aber in vieler Hinsicht sich auch in anderen Bundesländern als relevant erweisen. Unter anderem folgern die Forscher, dass die vollzeitschulischen dem Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses dienenden und mit berufsbezogenen Inhalten verknüpften Bildungsgänge Teil einer

regionalen Fachkräftesicherungsstrategie insofern darstellen können, als sich für die Unternehmen ein großes Potenzial fachlich vorqualifizierter Bewerber/innen sowohl für duale Ausbildungs- als auch Studienplätze ergeben und andererseits Schüler/innen aus MINT-Bildungsgängen oftmals ein einschlägiges Fach studieren möchten.

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen der GEW sehen die Länder herausgefordert, durch **attraktive Doppelqualifikationen** und entsprechende Ausstattung der berufsbildenden Schulen die **Attraktivität der beruflichen Bildung** zu erhöhen und damit zur Fachkräftesicherung beizutragen.

Aus: GEW-Infoblatt Oktober 2016

Wider den Abgesang auf das duale System – Berufsschule als Marke weiterentwickeln

Regelmäßig zum 1. August und damit zum Beginn des Ausbildungsjahrs erfährt die berufliche Bildung in Deutschland besondere mediale Aufmerksamkeit – so weit, so gut. In diesem Jahr kamen Aus- und Weiterbildung bei den Tages-themen im Ersten Deutschen Fernsehen allerdings besonders schlecht weg. Demnach sei Berufsausbildung vor allem gut für die zweite Chance. Modernes und Innovatives blieben außen vor. Stattdessen wurde die internationale Anschlussfähigkeit der Hochschulen herausgestellt, wovon die berufliche Bildung angeblich weit entfernt sei. Das alles führte den Kommentator abschließend zu der Feststellung, dass das viel gelobte Ausbildungssystem in Deutschland ausgedient habe.

Image der Berufsbildung ins rechte Licht rücken

Der Beitrag in den Tagesthemen führt uns ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit drastisch vor Augen. Das Image der beruflichen Bildung in Deutschland ist schlecht, ob wir das angemessen finden oder nicht. Keinesfalls jedoch ein Grund, in wütende Gegenreden zu verfallen. Stattdessen sind brauchbare Ansätze vonnöten, die das Image wieder ins rechte Licht rücken. Die bislang dazu unternommenen Bemühungen erzielen offensichtlich nicht die gewünschte Wirkung. Der Kommentar in den Tagesthemen macht überdies

deutlich, dass Berufsausbildung in Deutschland vor allem als eine Angelegenheit der Betriebe wahrgenommen wird. Berufsschulen und ihr Potenzial für die Förderung von Karrieren in der Wissenswirtschaft und -gesellschaft bleiben außen vor. Fatal dabei ist, dass damit auch dringend benötigte Impulse für die Weiterentwicklung des dualen Systems im Verborgenen bleiben. Höchste Zeit also, berufliche Schulen in Deutschland vom Schattendasein zu befreien und sie für den Diskurs um die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung stärker als bisher in den Fokus zu nehmen.

Berufsschulen zu Fortschrittsmotoren des dualen Systems machen

Die Erwartungen an leistungsfähige Bildungssysteme sind hoch. Gefragt sind Bildungsstandards, die international anschlussfähig sind und Kompetenzen für die Bewährung im digitalen Zeitalter. Hinzu kommt der Bedeutungsgewinn des abstrakten Wissens, das auf Erkenntnis- und Informationsverarbeitung abstellt. Gerade deshalb haben Hochschulen zurzeit Konjunktur. Dabei könnten Berufsschulen wegen ihrer Nähe zur Wirtschaft gerade hier punkten und wesentlich dazu beitragen, das duale System gegenüber den Hochschulen wieder konkurrenzfähig zu machen. Sie haben nämlich den Vorteil, als dualer Partner ein zur betrieblichen

Ausbildung komplementäres Bildungsangebot bis in die Regionen hinein anbieten zu können. Davon sind Hochschulen zurzeit noch weit entfernt. Berufsschulen können überdies zu Fortschrittsmotoren im dualen System werden, wenn es darum geht, mehr Differenzierung in der beruflichen Bildung zu ermöglichen, das Angebot von hochwertigen Ausbildungsgängen sowie Fortbildungen oberhalb des DQR-Niveaus 5 zu erhöhen, das Spektrum an modernen Methoden und Medien zu erweitern und damit auch das Inklusionsvermögen des beruflichen Bildungssystems zu stärken. Alle verantwortlichen Akteure in der Berufsbildung tun also gut daran, Berufsschulen dabei zu unterstützen, ihre Potenziale für Innovationen in der Berufsbildung zu erschließen und dafür Sorge zu tragen, dass auch sie als Marke im dualen System breite Anerkennung finden. Es geht um mehr positive Assoziationen und eine bessere Sichtbarkeit der dualen Berufsausbildung durch moderne Berufsschulen! Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung dafür, das Image der betrieblichen Ausbildung im digitalen Zeitalter zu steigern und ihr eine höhere Attraktivität bei jungen Menschen, Eltern, aber auch bei den Betrieben zu verleihen.

Friedrich Hubert Esser
Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung
In: BWP 5/2016

Jugendliche stärken, Übergänge schaffen, Zukunft gestalten

Mit der Bildungsketten-Konferenz „Jugendliche stärken, Übergänge schaffen, Zukunft gestalten“ am 15. und 16. November 2016 in Berlin laden das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Fachöffentlichkeit dazu ein, zentrale Herausforderungen und Handlungsoptionen in der Berufsorientierung und am Übergang Schule – Beruf zu erörtern.

Mehr auf www.bildungsketten.de/konferenz2016.

Wesentliche allgemeine Themen waren die Abschaffung der Schulinspektion für nicht-selbstständige Schulen, die Beschulung von Geflüchteten und die Abschlussberichte für die Ranglisteneinstellung und die Versetzungsverfahren. Im beruflichen Bereich stand der Modellversuch zur Berufsfachschule für den Übergang in Ausbildung (BÜA) und INTEA auf der Tagesordnung. In naher Zukunft kommt die Verordnung zur Festlegung der schulträgerübergreifenden Fachklassenstandorte ins Beteiligungsverfahren.

BÜA

Die Dienststelle hatte die Fragen des HPRLl von vor den Sommerferien relativ zügig beantwortet. Gemeinsam mit weiteren Fragen und Antworten v.a. aus den Schulen dazu erstellte das zuständige Referat eine FAQ-Liste. Die Liste wurde bereits an die Schulen versendet und kann bei Bedarf bei r.becker.gew@gmx.de über Email angefordert werden.

Fachklassenstandorte

Vor über 10 Jahren hat die GEW eine Empfehlung zur Festlegung der Fachklassenstandorte beschlossen. Bei der aktuellen Diskussion wurden viele dieser Empfehlungen vom HKM beachtet. So wurde nicht von oben verordnet, sondern es wurden landesweite und regionale Gremien einberufen. In diesen diskutierten Schulträger, Arbeitnehmer-, Kamer-, Schüler- und Elternvertreter

die notwendigen Maßnahmen zur Festlegung von Fachklassenstandorten. Dabei wurden von der GEW formulierte Kriterien berücksichtigt. Das Ministerium versicherte, dass die Empfehlungen der regionalen und landesweiten Arbeitsgruppen in einen Verordnungsentwurf münden, der demnächst ins Beteiligungsverfahren geht. Die Arbeit der Gremien soll fortgesetzt und verstetigt werden.

Ranglisteneinstellungen

Von rund 1.500 Ranglisteneinstellungen fanden nur rund 100 Einstellungen an Beruflichen Schulen statt. Dies entspricht bei weitem nicht dem Stellenanteil der Beruflichen Schulen. Die Gründe hierfür sind unklar, an reduzierten Stellen für die beruflichen Schulen kann es nicht liegen. Mögliche Ursachen sind der Lehrkräftemangel mit Lehramt Berufsbildende Schulen. Aber auch die Einstellungspraxis der Selbständigen beruflichen Schulen (oft befristete Einstellung oder auch keine Einstellung und Rücklagenbildung) könnte Ursache sein.

Ein weiteres Problem ist, dass - obwohl es eine klare Vorgabe des Ministeriums gibt, in INTEA Menschen mit 2. Staatsexamen unbefristet einzustellen - dies an vielen Schulämtern und beruflichen Schulen nicht gemacht wird. Der HPRLl wird weiterhin darauf drängen, dass unbefristet auf Stellen im Beamtenverhältnis eingestellt wird und dass der Anteil befristet Beschäftigter zurückgeht.

Versetzungen

Gegenüber dem letzten Sommer konnte 2016 der Anteil der Lehrkräfte, die auf eigenen Wunsch versetzt wurden, um fast 10 % gesteigert werden. Darin spiegeln sich die ersten Erfolge der Anstrengungen von GEW-Personalräten wider. Es bleibt jedoch weiterhin unbefriedigend, dass die Wartezeit immer noch zu hoch ist und im Durchschnitt bei 3-4 Jahren liegt. Der HPRLl wird weiter dran bleiben, um die Wartezeiten zu verkürzen.

INTEA

Die Dienststelle ist nicht davon abzubringen, dass sie ein einheitliches Sprachförderkonzept fahren will und somit Kinder in Grundschulen nach dem gleichen didaktischen Konzept beschult werden sollen wie junge Erwachsene am Übergang Schule Beruf in den Berufsbildenden Schulen.

In Bezug auf die Ressourcen gibt es einen ersten Lichtblick. So hat die Dienststelle gegenüber dem HPRLl versichert, dass in INTEA pro vier Klassen eine Alphabetisierungsklasse mit Klassenstärke 12 gebildet werden soll. Dadurch würde die durchschnittliche Klassenstärke in INTEA von 20 auf 18 sinken. Dies müsste sich dann in einer höheren Zuweisung bemerkbar machen. Der HPRLl wird genau prüfen, ob dem auch so ist und weiterhin eine bessere Ressourcenausstattung für INTEA fordern.

Ralf Becker

SES/SBS – BUDGETIERUNG VOR DEM ENDE?

KM Niedersachsen übernimmt Stellenbewirtschaftung

Die Bewirtschaftung freier Lehrerstellen an den öffentlichen berufsbildenden Schulen wird ab dem Schuljahr 2016/17 dauerhaft zentral im Rahmen einer Koordinierten Stellenbewirtschaftung (KoSt) in der Niedersächsischen Landesschulbehörde erfolgen. Nach Abschluss des Schulversuchs ProReKo („Berufsbildende Schulen in Niedersachsen als regionale Kompetenzzentren“) im Jahr 2011 war die eigenverantwortliche Personalbewirtschaftung durch die berufsbildenden Schulen zunächst aufrechterhalten worden. Um die Auslastung vorhandener Stellen und Mittel jedoch zu optimieren, erfolgte seit Sommer 2014 die Bewirtschaftung zentral im Niedersächsischen Kultusministerium.

Gleichzeitig wurden von einer neu einberufenen Arbeitsgruppe des Niedersächsischen Kultusministeriums, unter Beteiligung der Niedersächsischen Landesschulbehörde, der BBS-Schulleitungen, Schulverwaltungskräfte, Personalräte und der BBS-Lehrerverbände Ansätze für die künftige Ausgestaltung der Stellenbewirtschaftung der öffentli-

chen berufsbildenden Schulen entwickelt. Nach diesen Veränderungen bei der Stellenbewirtschaftung konnten in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 mit 546 bzw. 511 Einstellungen an den öffentlichen berufsbildenden Schulen die beiden höchsten Einstellungszahlen der vergangenen Dekade erreicht werden.

Quelle: Pressemitteilung des Niedersächsischen Kultusministeriums 26.08.2016

Hessen tut nichts!

Vergleichbare Schritte sind auch in Hessen notwendig. Nach den Antworten der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Linke (Drucksache 19/3425) hatten die 108 hessischen Selbständigen Schulen im Jahr 2015 freie Personalmitel in Höhe von 9,8 Mio. € (eine Differenzierung zwischen SES und SBS wurde in den Antworten nicht gemacht.). Dies bedeutet, dass im Jahr 2015 rund 260 Stellen nicht besetzt wurden. Schon alleine dieses ist heftig zu kritisieren, da dadurch 260 Personen die Einstellung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis als Beamter oder Angestellter verwehrt wird.

Was passiert mit diesem Geld? Aufgrund der Budgetierungsvorgaben verfallen nicht verausgabte Rücklagen nach drei Jahren und fließen in den Landeshaushalt zurück. Auch hierzu finden sich Informationen in der Kleinen Anfrage.

In 2012 gab es 5,7 Mio. € freie Personalmitel bei damals 58 Selbständigen Schulen. Die Rücklagen 2012 der 58 Schulen wurden mit 5,1 Mio. € beziffert. Ein Großteil der freien Personalmitel wurde demnach nicht verbraucht. Aber auch die Rücklagen wurden in den darauffolgenden Jahren nur zu einem geringen Teil verbraucht. Ende 2015 sind rund 3,4 Mio. € aus den nicht verausgabten Rücklagen von 2012 in den Landeshaushalt zurückgeflossen.

Rund 60% der freien Personalmitel verfallen. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten. Gelder, die vom Gesetzgeber für die Schulen zur Verfügung gestellt werden, verfallen und kommen auf der einen Seite nicht den Schülerinnen und Schülern zugute und führen auf der anderen Seite zu höheren Belastungen bei den an Schule Beschäftigten.

Der Kultusminister ist aufgefordert direkt zu handeln und entsprechend dem Vorgehen in Niedersachsen eine Arbeitsgruppe zur künftigen Ausgestaltung der Budgetierung einzurichten.

Ralf Becker

Die Pressemitteilungen des Niedersächsischen Kultusministeriums und die Landtagsdrucksache können bei r.becker.gew@gmx.de angefordert werden.



ABSCHIED VOM „LINKEN LAGER“ ? – EIN WIDERSPRUCH

GEW-Kollege Joachim Euler hat angesichts der letzten Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ die GEW zu einer Neugestaltung ihrer „Bündnispolitik“ aufgefordert (Insider 02/2016).

Nach einer mit viel Zahlenmaterial unterlegten Analyse kommt der Autor zu dem Schluss, dass von einer allgemeinen „rechts-konservativen“ Trendwende auszugehen sei, was sich an den Wahlerfolgen rechter Parteien sowohl in Deutschland als auch in den europäischen Nachbarländern ablesen lasse. Dies würde sich auch auf die Hessenwahl 2018 entsprechend auswirken. Eine Regierungsbildung aus einer starken „Volkspartei“ zusammen mit einem „Juniorpartner“ wie zurzeit würde dann nicht mehr möglich sein.

Den (noch) großen Parteien wird in der Abhandlung eine unterschiedliche Einschätzung zuteil. Der CDU/CSU wird immerhin mit der Kanzlerin Angelika Merkel eine „neue inhaltliche Profilierung“ bescheinigt, während bei der Beurteilung der SPD vorgezogen wird, „die Medien“ zu zitieren: „langweilig.., nicht mehr wählbar, wenn überall der Sachzwang regiert“. Ein neues linksliberales Bündnis aus SPD, Grüne und Linken? Fehlanzeige bei den letzteren, den „kleineren Parteien“: die Grünen im „Kern zunehmend schwarz mit grünem Pinselstrich“, die Linke „in der Flüchtlingsfrage zerstritten, im Osten ... traditionalistisch“. Spätestens hier muss man sich bei der Wahl solcher Kriterien fragen, in welcher Fortschritts- und Demokratie-Tradition der Autor selber steht.

„Auf jeden Fall wird die CDU die Regierung bilden.“ Ihr, der CDU, mutet der Autor zu, ein

„generationsübergreifendes Zukunftsprojekt“ zu entwickeln, „vor allem mit der SPD“. „Große Würfe sind gefragt“. Was sind deren konkrete Inhalte? Richtig: Arbeitsverkürzungen und Gehaltserhöhungen sind „berechtigt“ - aber umfassende „Lehrkräftebildung, prinzipiell gebührenfreie Bildung sind am besten (nur noch, E.H.) modellhaft zu konkretisieren“. Und was bleibt von unseren Forderungen nach Aufhebung der frühen kindlichen Selektion, der Aufhebung der 3-Klassen-Schule, nach einer Ausbildungsgarantie mit schulischer Vollausbildung, Produktionsschulen und Auflösung von Bildungsbarrieren zwischen akademischer und beruflicher Bildung?

Der Autor ist sich wohl bewusst, dass ein Paradigmawandel derartigen Ausmaßes von Gewerkschaftsmitgliedern nicht so leicht geschluckt werden kann. Die meisten Mitglieder in der GEW haben ein „linkes“ Selbstverständnis. Wenn nun schon nichts an der „Realität“ geändert werden könne, so müsse man eben den Interpretationsrahmen verschieben - zu dieser Realität. *Nomen est omen.*

Er schlägt vor, die Bezeichnungen „rot“, „schwarz“ „links“, „rechts“ einfach fallen zu lassen. Die Einordnung funktioniere (in Deutschland) nicht mehr, „quer durch alle Parteien (seien, E.H.) die jeweiligen innerparteilichen Diskussionen kontrovers“. Der Orientierungswechsel könne also so schwer nicht sein.

Wahr ist wohl: die Farben, um politische Überzeugungen auszudrücken, geben nicht mehr viel her. Aber die haben noch nie als Orientierung für die gewerkschaftliche Arbeit getaugt. Der Maßstab für unser Engagement ist das Recht

auf „gute Arbeit“, gleiche und angemessene Bezahlung, der Einsatz für diejenigen, die in unserer Gesellschaft nicht die Mittel und Möglichkeiten haben, sich zu entwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Kurz Solidarität.

Unsere Gewerkschaft ist auf einem guten Wege. Dies hat sich wieder bei den letzten Personalratswahlen bestätigt. Wir brauchen keine „Zäsur“, verstanden als Anpassung an die (vorhergesagte) „rechtskonservative“ Entwicklung. Dem Autor schwebt wohl eine Zeit vor, in dem es einen engen Schulterschluss gab zwischen GEW und hessischer Landesregierung. Fortschrittliche Inhalte konnten in den 70er-Jahren am Regierungstisch ausgehandelt werden, Reformen (damals stand der Begriff noch für fortschrittliche Inhalte) kamen von oben „bottom-down“. Die GEW berechnet den Finanzbedarf, die Regierung erfüllt sie. So könne die GEW „eine Chance haben, dass ihre Vorstellungen Eingang in die Wahlprogramme der Parteien“ fänden.

Ja, wir müssen unsere Stärke weiter ausbauen. Das ist möglich, wenn wir den bereits eingeschlagenen Weg weiter gehen: konsequente Ausweitung unseres gewerkschaftlichen Engagements auf alle in der Erziehung Tätigen sowie auf die Lehrkräfte in dem immer größer werdenden Sektor der Weiterbildung und der Privatschulen. Diese Stärke muss gelegentlich gezeigt werden – wenn es sein muss in Arbeitskämpfmaßnahmen. Davon ist in der „Politische(n) Zäsur für Deutschland“ keine Rede.

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist mit dem Erscheinen der AfD nicht überwunden.

Ernst Hilmer

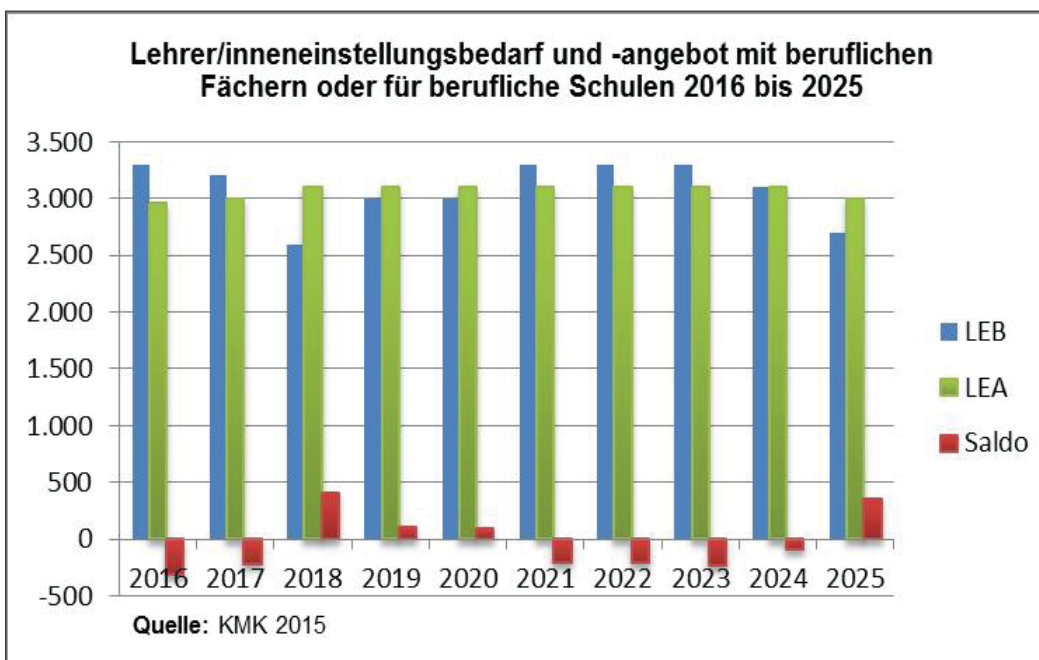
LEHRKRÄFTEMANGEL AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN – LÄNDER SIND ZUM HANDELN AUFGEFORDERT

Folgt man den jüngsten Prognosen der Kultusministerkonferenz zum Lehrereinstellungsbedarf (LEB) und -angebot (LEA) in der Bundesrepublik Deutschland, so ist bei durchschnittlich 3.000 Bewerbern/innen bei den Lehrämtern mit beruflichen Fächern oder für die beruflichen Schulen für die Jahre 2016 bis 2025 „eine relativ ausgeglichene Situation zu erwarten.“

Im Jahr 2011 hatte die KMK noch erheblich niedrigere Salden und damit höhere Einstellungslücken ermittelt. Unterscheidet man jedoch die west- und die ostdeutschen Bundesländer, so

ist vor allem in den ostdeutschen Ländern einschließlich Berlin eine deutliche Unterdeckung zu erwarten, während in den westdeutschen

ation eintreten könnte (s. Tabelle). Allerdings erweist sich die Prognose insofern als problematisch, als sie keine genauen Daten über die



westdeutschen Bundesländer, so

Ländern ab 2018 eine Kehrtwende in der prognostizierten Mangelsitu-

fachrichtungsspezifischen Bedarfe ermöglicht! So bleibt nach wie vor unklar, wie die tatsächlichen hohen Bedarfe in den Mangelfächern etwa in der Metall-, Elektro- und Fahrzeugtechnik sowie in der Pflege und Sozialpädagogik gedeckt werden können.

	westdeutsche Länder			ostdeutsche Länder (einschl. Berlin)		
	LEB	LEA	Saldo	LEB	LEA	Saldo
2016	2.700	2.500	-130	600	460	-180
2017	2.600	2.600	-20	600	430	-200
2018	2.100	2.600	560	600	430	-130
2019	2.300	2.600	300	700	500	-180
2020	2.200	2.600	380	800	480	-280
2021	2.600	2.600	60	700	450	-180
2022	2.500	2.600	100	800	440	-320
2023	2.500	2.600	100	800	440	-330
2024	2.400	2.600	210	800	460	-300
2025	1.900	2.600	650	800	450	-310

Anmerkung: Durch gerundete Werte können Abweichungen entstehen. Quelle: KMK 2015

Ferner enthalten die Mitte 2015 erstellten Vorausberechnungen noch nicht den zum Teil erheblichen zusätzlichen Bedarf zur Bildung und Qualifizierung der Geflüchteten an den berufsbildenden Schulen. Für die Länder besteht also nach wie vor die Pflicht, die Attraktivität des Berufs Lehrers/in an berufsbildenden Schulen zu erhöhen und Maßnahmen zu ergreifen, die Attraktivität des Studiums – auch und insbesondere in den Mängelfächern – zu steigern.

aus: GEW-Info 8/2016

PTA – EIN (FAST) UNBEKANNTES WESEN ODER WER BERÄT MICH EIGENTLICH IN DER APOTHEKE?

Du interessierst dich für Gesundheitsthemen, gehst gerne mit Menschen um und stehst auch mit Naturwissenschaften nicht auf Kriegsfuß? Pharmazeutisch-technische Assistenten (PTA) sind wahre Vielkötter! In der Welt der Arzneimittel, Salben, Tinkturen, Verbände



und Pflegeprodukte kennen sie sich aus. Die pharmazeutische Ausbildung spricht viele Neigungen und Fertigkeiten an. Die Job-Aussichten sind super, PTA sind im Arbeitsmarkt begehr!

Mit Realschulabschluss kann es losgehen

Wer PTA werden will, braucht mindestens einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Die Ausbildung ist nicht klassisch-dual. Sie geht über zweieinhalb Jahre. Davon besuchst du in den ersten beiden Jahren eine staatliche oder private Berufsfachschule oder ein Berufskolleg. Der theoretische und praktische Unterricht umfasst interessante Kernfächer wie Arzneimittel- und Drogenkunde (Laborarbeit,

Rezepturen), Botanik, Chemie, Diätetik oder Körperpflegekunde. In dieser Zeit steht auch ein 160-stündiges Praktikum in einer Apotheke an. Nach dem ersten schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfungsteil sammelst du für ein halbes Jahr Praxiserfahrung in einer

Apotheke. Mit der letzten mündlichen Prüfung, dem staatlichen Examen, ist es geschafft: du bist PTA und hast einen Beruf mit hoher Verantwortung und abwechslungsreichen Aufgaben. Bei rund 85 PTA-Schulen bundesweit kannst du dich anmelden – sicher gibt es auch eine in deiner Nähe bzw. in der Stadt deiner Wahl.

An staatlichen Berufsfachschulen ist die Ausbildung in der Regel schulgeldfrei, an privaten Bildungseinrichtungen kostet sie monatlich zwischen 300 bis 500 Euro. Eine Förderung ist nach BAföG durch das Ausbildungsförderungsamt oder bei Umschulungen nach AFG durch das Arbeitsamt möglich. Im halbjährigen Praktikum erhältst du eine Ausbildungsvergütung von derzeit 670 Euro im Monat.

Abi in der Tasche. Aber wie geht es weiter...?

Du hast Abitur gemacht und Interesse an Pharmazie oder Medizin aber etwas Bedenken, dich für einen Studienplatz einzuschreiben? Eine berufliche Ausbildung bringt Sicherheit und lässt Raum für

alternative Pläne. Also warum nicht über eine PTA-Ausbildung nachdenken! Unter Umständen ist das für dich in der Orientierungsphase die richtige Option. Du machst entweder dein Glück oder gehst – wenn die Zugangsvoraussetzungen erfüllt sind – im Anschluss auf die Uni. Bange machen gilt nicht – in der PTA-Schule und in zahlreichen Praxisstunden lernst du alles, was für diesen schönen Beruf notwendig ist.

PTA – die Tausendsassas der Apotheke

PTA fragen, beraten und erklären. Die Kundenkommunikation zählt zu ihren Hauptaufgaben. Sie informieren uns über Neben- und Wechselwirkungen von Medikamenten und entlasten den Apotheker engagiert bei vielen wichtigen Aufgaben. Die PTA sind es aber auch, die in der Rezeptur z.B. Salben, Arzneimittel und Tees herstellen und gefertigte Substanzen mit dem Arzneibuch abgleichen. Sie kontrollieren den Warenbestand, organisieren Bestellungen, messen, führen Buch über Giftstoffe oder Betäubungsmittel. Sie sind für unser Gesundheitssystem und die rund 20.000 Apotheken in Deutschland einfach unverzichtbar...



PTA werden gesucht und fair bezahlt!

Die Berufsaussichten für PTA sind ausgesprochen gut. Zum einen unterliegt der Wunsch nach guter Gesundheit keinen Trends. Zum anderen wird unsere Gesellschaft immer älter, der Therapie- und Arzneimittelbedarf steigt. Nach der bundeseinheitlichen Ausbildung bestehen nahezu flächendeckend allerbeste Chancen auf einen Job. Dieser kann neben Apotheken aber auch in einem Krankenhaus, in der Pharma- und Kosmetik-industrie, bei Lehreinrichtungen oder Verbänden sein. Wer lieber sein eigener

Herr ist, kann sich später als Trainer oder Pharmareferent selbständig machen. Durch gezielte Fort- und Weiterbildung öffnen sich weitere Türen.

Das tarifliche Bruttogehalt liegt für Berufseinsteiger bei Vollzeit (40 Std./Monat) in Apotheken bei rund 2.000 Euro, im öffentlichen Dienst bei ca. 2.750 Euro. Mit wachsender beruflicher Qualifikation steigen die Tarife und auch die Chancen für eine übertarifliche Bezahlung stehen gut, denn PTA werden als Fachkräfte in den kommenden Jahren laut Marktanalysen sehr gefragt sein. Beruf und Familie lassen sich

zudem im PTA-Beruf später einmal prima kombinieren, da Apotheken auch immer Bedarf an Teilzeitkräften haben. Nicht zuletzt deshalb dominieren mit rund 95 Prozent die Frauen bei den PTA.

Der BVpta hilft gerne weiter

Bei Interesse und Fragen rund um den PTA-Beruf steht dir der Bundesverband Pharmazeutisch-technischer AssistentInnen e.V. (BVpta) mit Rat und Tat zur Seite. Viele Infos findest du auch auf unserem Internetportal.

Weitere Infos unter www.bvpta.de

AUCH EINSTEIN HATTE ES SCHWER

Was motiviert Schüler, für den Chemie- oder Physikunterricht zu lernen – gerade diejenigen, die keinen intuitiven Zugang zum Fach finden? Wie amerikanische Bildungswissenschaftler um Xiaodong Lin-Siegler von der Columbia-Universität in New York herausgefunden haben, helfen Geschichten vom Scheitern berühmter Forscher.

Die Wissenschaftler teilten 402 Neunt- und Zehntklässler aus New York in drei Gruppen ein. Ein Teil der Jugendlichen las einen Text über die persönlichen Schwierigkeiten bedeutender Köpfe, etwa die Flucht Albert Einsteins aus Nazideutschland. Eine andere Gruppe erfuhr von intellektuellen Rückschlägen, etwa fehlgeschlagenen Experimenten der Physikerin und Chemikerin Marie Curie. Dazu gehörte aber auch, wie diese Niederlagen letztlich doch zum Gelingen des Projekts beitrugen. Eine Kontrollgruppe beschäftigte sich mit den herausragenden Leistungen von Genies.

Nach sechs Wochen zeigten diejenigen Schüler, die von persönlichen oder intellektuellen Schwierigkeiten Einsteins oder Curies erfahren hatten, verbesserte Leistungen. Besonders profitierten diejenigen, die zuvor besonders schlechte Noten eingefahren hatten.

Xiaodong Lin-Siegler meint, vielen Schülern sei nicht klar, dass Rückschläge und Schwierigkeiten zum Lernen dazugehören.

In: Psychologie Heute Juni 2016



Der Physiker Albert Einstein als 14-jähriger Junge

neue Publikationen

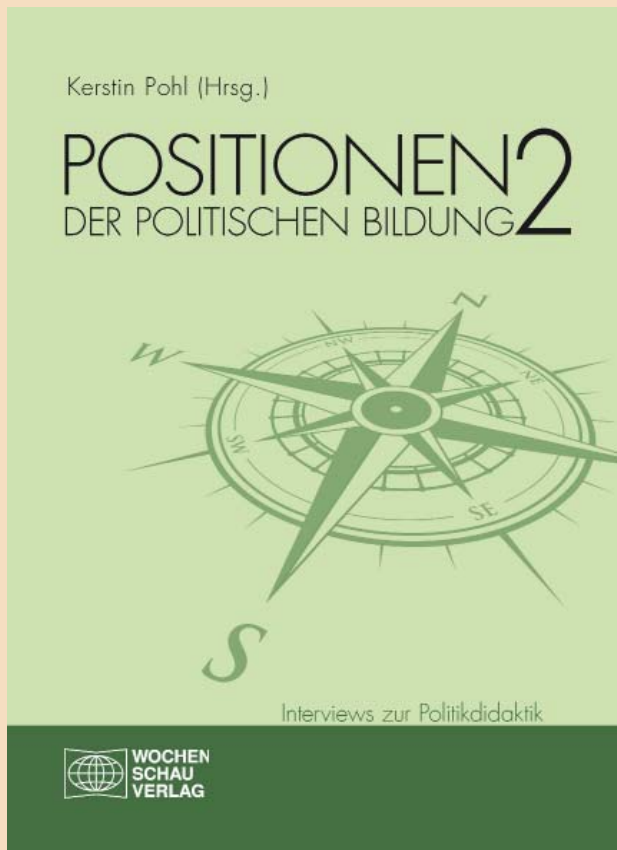
Positionen der Politischen Bildung 2

Kerstin Pohl (Hrsg.)

Insgesamt 28 Autor*innen (allesamt Professor*innen) erläutern in Interviews ihre Positionen zur Politischen Bildung. Sie nehmen Stellung zu Inhalten, Zielen, Methoden und Medien der politischen Bildung in der Schule, reflektieren politikdidaktische Prinzipien und gehen auf die neuen Kontroversen in der Didaktik der Politischen Bildung ein.

Das Buch soll vor allem Politiklehrer*innen, Student*innen und Referendar*innen der Politischen Bildung den Weg durch die Vielfalt der aktuellen politikdidaktischen Diskussionen erleichtern, so die Herausgeberin (Professorin für Fachdidaktik der Sozi-alkunde/Politik an der Uni Mainz).

ISBN 978-3-7344-0158-9



Ausbildungs- und Unterrichtsverfahren – Ein Kompendium für den Lernbereich Arbeit und Technik

Jörg-Peter Pahl

Das Kompendium enthält über 70 bewährte und innovative Lernkonzepte und Unterrichtsentwürfe für das berufliche Lernen in Berufsschule und Betrieb. Damit erhalten Studierende und Lehrkräfte, die im Interesse eines abwechslungsreichen Lernprozesses im Bereich von „Arbeit und Technik“ traditionelle Vermittlungsformen aufbrechen und Neues ausprobieren wollen, eine umfangreiche Arbeitsgrundlage. Die vorgestellten Verfahren sind an modernen didaktischen Leitbildern – wie Handlungs-, Prozess- und Gestaltungsorientierung – ausgerichtet.

ISBN 978-3-7639-5690-6

MEDIENKOMPETENZ: VIEL MEHR ALS TECHNIKWISSEN

BIBB-PM 23.03.2016

Technische Kompetenzen im Umgang mit Medien sind bei vielen Schulabgängerinnen und -abgängern bereits vorhanden. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Medien anwenden und produzieren – Entwicklung von Medienkompetenz in der Berufsausbildung“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigen aber: Die Kompetenzen zur Problemlösung unter Nutzung von Medien, das Bewusstsein für rechtliche und ethische Fragen und das Vermögen, in der Kommunikation formale Regeln einzuhalten und Inhalte situationsbezogen zu vermitteln, sind bei den Jugendlichen häufig nicht sehr ausgeprägt. Diese Inhalte müssen somit während der Ausbildung gelernt werden und sollten in Ausbildungsordnungen einen besonderen Stellenwert erhalten.

Das BIBB hat in seinem Forschungsprojekt erstmals Medienkompetenz nicht – wie bislang üblich – nur auf Technik-Nutzung beschränkt, sondern eine mehrdimensionale Betrachtung vorgenommen, die unter anderem ökonomische, ethische, soziale und rechtliche Dimensionen einbezieht. Dieser Ansatz ist aus Sicht von BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser wesentlich: „Medienkompetenz ist vielschichtig zu sehen. Sie ist heute eine vierte Schlüsselqualifikation neben Lesen, Schreiben und Rechnen.“

Im Ergebnis zeigt das Forschungsprojekt, dass bestimmte Aspekte erforderlich sind, damit junge Leute am Ende ihrer Ausbildung über die heute im Berufsleben nötige Medienkompetenz verfügen und langfristig, kompetent und verantwortungsvoll mit Medien agieren können.

Zentrale Dimensionen sind:

- **Medien zielgerichtet nutzen:** Auszubildende können aufgabenbezogen Medien auswählen und/oder entsprechende Hard- und Software bedienen. Sie können in verschiedenen Medien recherchieren und Arbeitsergebnisse gestalten und/oder dokumentieren.
- **Selbstständig lernen:** Auszubildende erkennen neue Entwicklungen und ihren daraus resultierenden Lernbedarf. Sie können selbstständig und zielgerichtet lernen.
- **Rechtliche, ethische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Mediennutzung berücksichtigen:** Auszubildende kennen die rechtlichen und ethischen Grundlagen der Mediennutzung. Sie achten bei der Mediennutzung auch auf wirtschaftliche Aspekte.
- **Verantwortungsvoll zusammenarbeiten:** Auszubildende können Medien zum Austausch mit anderen und zur Zusammenarbeit nutzen. Sie bringen sich aktiv in den Austausch ein und treiben diesen voran. Dabei achten sie darauf, andere zu respektieren und niemandem zu schaden.
- **Sprache zielgerichtet nutzen:** Auszubildende können sich mündlich und schriftlich situationsbezogen ausdrücken und berücksichtigen dabei die gängigen Regeln. Sie können Informationen bewerten und beurteilen, ob diese für die Aufgabenstellung wichtig sind.

- **Innovationen aufgreifen und vorantreiben:** Auszubildende gehen technische Neuerungen aktiv an. Sie können neue Medienanwendungen umsetzen und während der Ausbildung Anwendungen entwickeln und gestalten.

Die Analyse bestehender Ausbildungsordnungen und die Befragung von Ausbilderinnen und Ausbildern innerhalb des BIBB-Forschungsprojektes haben gezeigt, dass die Anforderungen an Medienkompetenz je nach Tätigkeit sehr unterschiedlich sind. Es erscheint den BIBB-Fachleuten daher nicht sinnvoll, einheitliche Vorgaben für alle Berufe zu machen. Nach ihrer Empfehlung sollte daher in Neuordnungsverfahren in Abstimmung mit allen Beteiligten – den von den Sozialpartnern und Kammern benannten Sachverständigen, Bund und Ländern – geprüft werden, ob und in welchem Maß bestimmte Dimensionen der Medienkompetenz in eine Ausbildungsordnung aufgenommen werden sollen. Es gelte, künftig die einzelnen Aspekte berufsspezifisch in ihrer Bedeutung zu bewerten und je nach Ausbildung unterschiedlich zu gewichten.

Der [Abschlussbericht](#) beinhaltet eine „Checkliste zur Berücksichtigung der Medienkompetenz in Ausbildungsordnungen“ mit einer Übersicht über die Dimensionen und deren verschiedene Aspekte. Zur Verdeutlichung, wie und wo diese Aspekte bereits im Ausbildungsgeschehen Eingang gefunden haben, sind jeweils Beispiele aus bestehenden Ausbildungsordnungen benannt.

DIGITALISIERUNG UND FACHARBEIT IN EINKLANG BRINGEN

Industrie und Arbeiten 4.0, digitale Revolution oder Big Data - läuten sie das „Ende der Arbeit“ ein? Verschwindet menschliche Arbeit durch die neuerliche Automatisierung von Produktionsprozessen und Dienstleistungen? Ist das die Zukunft: Die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses durch Cloud- und Crowdfunding. Eingetauscht gegen einen (noch) weitgehend ungesicherten rechtlichen Status und prekäre Arbeitsbedingungen. Gemeinsam ist den Szenarien die Ahnung, dass ein unregelmäßiges Fortschreiten der Entwicklung der Digitalisierung große Auswirkungen auf Qualität und Quantität von Arbeit hat.

Aber: Digitalisierung und Facharbeit berührt nicht nur das Thema Verdrängung. Die Bildung ist ebenso betroffen. Zum einen sind Bildungsprozesse ein zentraler Ansatzpunkt, um Beschäftigungsfähigkeit in Zeiten der Digitalisierung zu erhalten. Insbesondere dann, wenn die Beschäftigten im Sinne guter Arbeit tätig und innovativ sein sollen. Zum anderen zeigt sich jetzt schon, dass Bildungsprozesse sich im Zuge der Digitalisierung verändern. Netzbaasierte Lernprogramme ergänzen klassische Bildungsgänge. Sie können sich sogar als Substitute erweisen. Sind Hochschulen, Lehrwerkstätten und Bildungsträger in ihrer Existenz bedroht? Schwer zu sagen. Die neue Ausgabe von *DENK-doch-MAL.de* konzentriert sich auf die Aspekte Digitalisierung und Facharbeit.

Den Auftakt bildet ein Interview, das **Klaus Heimann mit Staatssekretär Thorben Albrecht** im Ministerium für Arbeit und Soziales geführt hat, über Arbeiten 4.0, dem starken Treiber gesellschaftlicher

Veränderungen. Seine optimistische Prognose: Niemand wird von der Technik überrollt.

Nach **Hans Jürgen Urban**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ist die Berufsbildung ein Schlüsselement, um das Potenzial für eine humane Digitalisierung zu erschließen. Er formuliert zehn Thesen, in denen die Eckpunkte einer Berufsbildungspolitik beschrieben werden, die die umfassenden Interessen der Beschäftigten an guter Arbeit und entsprechenden Arbeits- und Lernbedingungen zum Ausgangspunkt macht und auf die Entfaltung der Humanisierungspotenziale digitaler Wertschöpfung zielt.

Digitalisierung ist nicht nur ein nationales Thema. So hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in einer Stellungnahme die digitalisierungsgetriebenen Veränderungen der Arbeit und deren Auswirkung auf die Arbeitsmärkte und die Beschäftigung zum Thema gemacht. **Anja Kramer** vom Bildungswerk ver.di Niedersachsen beschreibt diesen Prozess und macht deutlich, dass die europäische Ebene durchaus wichtig ist.

Digitalisierung führt voraussichtlich nicht nur in der Produktion zu tiefgreifenden Veränderungen, auch personennahe Dienstleistungen sind hiervon nicht ausgenommen. **Wolf-ram Gießler** vom Bildungsinstitut Essen und **Michaela Evens** vom IAT machen am Beispiel der Gesundheitswirtschaft deutlich, dass auch der Dienstleistungssektor von Auswirkungen der Digitalisierung nicht verschont bleiben wird. Allerdings wird nach ihrer Einschätzung die Relevanz digitaler Technik in

der personenbezogenen Dienstleistungsarbeit bislang noch nicht hinreichend erfasst. Dies muss sich dringend ändern, ansonsten drohen personenbezogene Dienstleistungen als bloßes Anwendungsfeld digitaler Technik ohne eigenständige Entwicklungsstrategie marginalisiert zu werden.

Klaus Heimann bespricht das Buch Jörg Dräger und Ralph Müller-Eiselt „Die Digitale Bildungsrevolution“. Nach ihrer Auffassung ist die Zukunft des Lernens digital. In ihrem Buch zeigen sie, wie die vernetzte Welt nicht nur unser Bildungssystem, sondern auch unsere Gesellschaft verändert. Ihre starke, wenn auch nicht belegte bildungspolitische These: bisherige Bildungsverlierer bekommen neue Chancen und alte Eliten geraten in Bedrängnis. Aber sie warnen auch: Digitale Bildung erfasst Unmengen von Daten. Es droht der gläserne Lerner, der im Netz unauslöschliche Spuren hinterlässt und Opfer von Algorithmen und Wahrscheinlichkeiten ist.

Schließlich muss auch die betriebliche Ebene in den Blick genommen werden. Dass die Telekom mit ihren Netzen nicht nur Macher der Digitalisierung ist, sondern von deren Wirkung betroffen ist, zeigen **Eric Daum**, Gesamtbetriebsrat und **Ralf Meger**, Referent des GBR, auf. Digitalisierung führt zu neuen Geschäftsfeldern und -prozessen, damit bieten sich Chancen für das Unternehmen und deren Beschäftigte. Die Chancen sind aber kein Selbstläufer, sondern müssen von den betrieblichen Vertretungen verhandelt werden.

Und hier der Link: www.denk-doch-mal.de

IGM-wap 30.06.2016

MODERNISIERUNG VON BERUFSSCHULEN

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack fordert mehr Investitionen in die Modernisierung und Qualität von Berufsschulen. Die Berufsschulen seien „vielfach noch nicht fit für die Arbeitswelt 4.0“. Allzu oft mangle es an der technischen Ausstattung, an einem flächendeckenden Berufsschulangebot oder dem Lehrkräftenachwuchs.

Personalentwicklung gezielt fördern. Die KfW sieht allein einen Sanierungstau von 34 Milliarden Euro bei allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.“

Ausbildungsreport: Ein Drittel der Berufsschulen nicht ausreichend ausgestattet



Woran es an Berufsschulen offenbart mangelt, hatte bereits 2012 der Ausbildungsreport der DGB-Jugend gezeigt: Nur etwa zwei Drittel der befragten Auszubildenden

waren der Meinung, dass ihre Berufsschule „immer“ oder „häufig“ über aktuelle Unterrichtsmaterialien, technische Gerätschaften und ähnliches verfügt, die das Lernen im Unterricht erfolgreich unterstützen. Heißt im Umkehrschluss: An rund einem Drittel der deutschen Berufsschulen stehen nicht immer passendes Unterrichtsmaterial und Technik zur Verfügung. Auszubildende, an deren Schule das der Fall war, äußerten sich deutlich unzufriedener mit der fachlichen Qualität des Berufsschulunterrichts:

Während 67,4 Prozent der Auszubildenden, die mit der Ausstattung an ihrer Berufsschule zufrieden sind, deren fachliche Qualität insgesamt mit „sehr gut“ oder „gut“ bewerteten, lag dieser Anteil nur bei gut einem Fünftel (21,7 Prozent), wenn die Auszubildenden mit den Bedingungen an ihrer Schule unzufrieden sind.

Sachausstattung im elektronischen Bereich oft mangelhaft

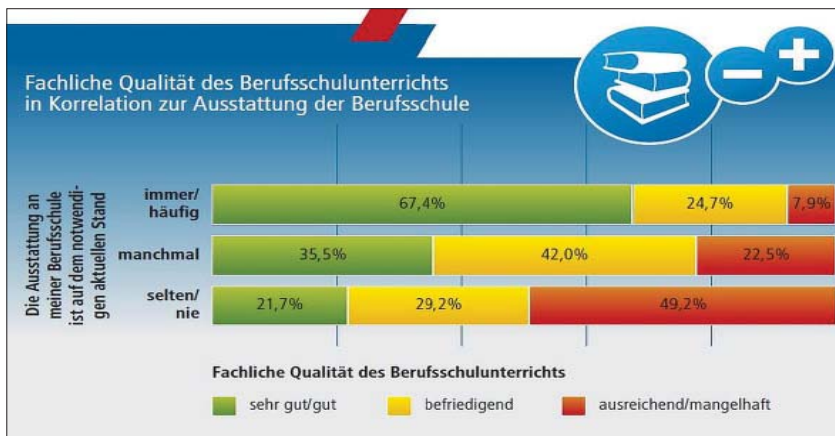
„Die Berufsschulen besitzen allzu oft nicht die nötigen Ressourcen, um ihren Schülerinnen und Schülern die neuesten Technologien und Unterrichtsmaterialien bereitzustellen beziehungsweise neue Techniken und Verfahren zu vermitteln“, so Hannack.

„Abgesehen von dem teilweise schlechten Zustand der Schulgebäude ist oft auch die Sachausstattung im elektronischen Bereich mangelhaft.“ PC-Programme, Dokumentenbücher, Medienverwaltung, Notenverwaltung oder Klassentagebücher seien oft nicht vorhanden oder nicht „up to date“. Smartboards und WIFI in den Schulgebäuden seien längst noch kein Standard, sondern eher die Ausnahme. Neben der Gebäudesanierung müsse deshalb auch die technische Infrastruktur ausgebaut werden.

„Kompetente Lehrkräfte sind die Grundvoraussetzung für gute Berufsschulen“, so Hannack. „Doch qualifiziertes pädagogisches Personal ist oft schwer zu finden. Insbesondere im gewerblich-technischen Bereich stehen wir vor einer großen Pensionierungswelle. Nach Prognose der Kultusminister gibt es gerade dort einen enormen Fachkräftebedarf.“

**Quelle: wissenaktuell
Ausgabe 14 vom 29.09.2016**

Anlässlich des „**FührungskräfteKongress 2016 - Berufliche Schulen 4.0**“ sagte Elke Hannack: „Nachdem mit Hilfe des Hochschulpaktes über Jahre hinweg hohe Summen in die Hochschulen investiert wurden, müssen Bund und Länder jetzt in die Modernisierung und Qualität der Berufsschulen investieren. Wir brauchen einen Berufsschulpakt, um die Berufsschulen technisch und pädagogisch zu modernisieren. Bund und Länder müssen dafür deutlich mehr Geld in die Hand nehmen und auch die



EINE STERNSTUNDE UNTER DEM ZELT

Unterwegs sein kann vieles bedeuten: Work & Travel nach der Ausbildung, Businessstrips, auf Berge steigen, in die Tiefe abtauchen, oder einfach so durchs Leben oder mit Gott reisen. An der Landrat-Gruber-Schule (LGS) im südhessischen Dieburg sind wir dem Thema auf die Spur gegangen und haben die Welt bei uns willkommen geheißen – ganz im Stil der Reisenden unter einem Zelt.

Das Schöne am Zelten ist doch, nachts die Sterne zu beobachten. So frei unter dem Himmelszelt und doch geborgen unter dem aus Polyester. Das Zelt ist ein Symbol für das Reisen, für das Unterwegssein.

Das kam uns – Mareike Böhm, Karsten Gollnow und ich von der Schulseelsorge der LGS in Dieburg

– im wahrsten Sinne.

Ein Zelt macht Schule

Die Zwecke sind vielseitig. Bei Sportveranstaltungen dient das Zelt den Schüler*innen zum Verschnaufen, bei Events ist es die erste Anlaufstelle für Informationen. Und immer gilt: Unter dem

sein, nicht zu wissen, wo man als nächstes aufschlägt und was einen erwartet? Auf welche Menschen wird man auf dem Weg treffen? Aus welchen Erfahrungen wird man lernen? Die letzte Woche vor den Herbstferien haben wir genutzt, um mit unseren Schüler*innen diesen Fragen nachzugehen – ganz entspannt unterm Zelt und im Austausch mit Menschen, die beruflich oder privat ständig auf Reisen sind. Echte Weltbürger also.

Vom Lowtech-Reisen und Hochzeiten am Autoscooter

An jedem Tag ist jemand zu Besuch gekommen, der von seinem Pfad durchs Leben berichtete. Ein Installateur, der ständig auf Montage war, erzählte von gutem Gehalt und den Preis, den man dafür zahlt: Seine Familie hat er über Jahre nur im Transit gesehen. Eine Pfarrerin, die mit einer Schaustellerfamilie von Jahrmarkt zu Jahrmarkt reist, erinnert sich an all die Taufen und Hochzeiten am Autoscooter, die sie halten durfte. Ein Zimmermann auf der Walz erklärt den Schülern, was es heißt, ganz ohne Handy und Komfort zu reisen. Udenkbar für einige!

Drei Pilger schildern die eigentümliche Stille, die auf dem Jacobsweg herrscht, und zwei Schülerinnen berichten von ihrem Erasmus-Praktikum in Spanien. Abschluss der Themenwoche bildete der Vortrag einer Reisebloggerin, die es in den vergangenen acht Jahren in alle Himmelsrichtungen gezogen hat. Von Buenos Aires bis Bangkok, vom Nordkap bis Neuseeland. Das alles als „Digitaler



Installateur Walter Babylon erzählt unter dem Zelt von seiner Zeit auf Montage in Spanien.

– sofort in den Sinn, als wir über ein neues Konzept für unsere Aufgabe nachdachten. In einer Schule ohne wirkliches Zentrum wollten wir Raum schaffen für die Schüler zum Ausruhen, zum Nachdenken, zum Austausch miteinander. Unsere Idee: Ein mobiles Zelt. Damit gehen wir auf unserem Campus auf Wanderschaft, stellen es dort auf, wo es gerade gebraucht wird und schaffen so ein Dach, unter dem sich die Schüler geborgen fühlen und den Weitblick behalten

Zelt hat der Schulalltag Pause. Hier gibt es keinen Lernstress und keine Notenbesprechungen. Gerade diese Entschleunigung, das bewusste Abkoppeln schafft eine entspannte Atmosphäre. Das – haben wir festgestellt – wirkt sich ungemein positiv auf das Lernen aus. Davon profitiert auch die Stimmung unter den Lehrer*innen.

Mit einem Zelt muss man reisen! Doch, was bedeutet das eigentlich? Was heißt es, dauernd auf Achse zu

Nomade“, der von überall arbeiten kann, solange es Internet gibt. „Ein Luxusleben“, wie sie selbst sagt. Als nämlich ein junger Mann aus dem Publikum von seiner achtjährigen Flucht aus Libyen erzählte, gibt sie zu: „Das ist viel krasser als all die Abenteuer, die ich je auf Reisen bestanden habe.“

Eine Sternstunde unter dem Zelt

Rund 500 Schüler*innen haben

die ganze Woche gebannt den Geschichten aus aller Welt gelauscht. „Von den spannenden Erfahrungen zu hören, hat mich darin bestätigt, auch nach dem Abi loszuziehen und andere Kulturen kennenzulernen“, sagt Tobias Bayer, Oberstufenschüler an der LGS. „Es sollte solche Vorträge häufiger an unserer Schule geben. Das ist eine gelungene und nicht minder lehrreiche Abwechslung zum Unterricht.“

Und das alles unter unserem Zelt! Joachim Meyer, Pfarrer und De-

kan des evangelischen Dekanats Vorderer Odenwald und einer der Sponsoren unseres Schulseelsorgezelts, war begeistert. „Der Vortrag der Reisebloggerin war toll. Ganz besonders, dass der Schüler aus Libyen von seiner Reiseroute erzählen konnte – ohne das Seelsorgezelt hätte diese Sternstunde nie stattgefunden.“

Hubertus Naumann
Schulpfarrer und Schulseelsorger
an der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg.

UN-RESOLUTION ZUR REGULIERUNG PRIVATER BILDUNGSTRÄGER

PM 08.08.2016

Anfang Juli 2016 hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) eine historische Resolution beschlossen: Darin werden Staaten dringend aufgefordert, private Bildungsträger zu regulieren und stärker in die staatliche Bildung zu investieren. So sollen negative Auswirkungen der Kommerzialisierung von Bildung gemindert werden.

Am 11. Juli 2016 wurde während der 32. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates (UNHRC) zum Recht auf Bildung die Resolution A/HRC/32/L.33 beschlossen. Mit Zustimmung aller 47 Mitgliedsstaaten der UNHRC wird in dieser Resolution festgehalten, dass Staaten der Privatisierung von Bildung entgegenwirken sollen, indem sie Rahmenbedingungen schaffen, um private Bildungsträger stärker zu regulieren. Es ist nämlich eindeutig, dass die rasante und unkontrollierte Zunahme von privaten Bildungsträgern, hauptsächlich in Ländern des Globalen Südens, negative Folgen auf das Menschenrecht auf Bildung haben kann.

Dies ist in der UN-Geschichte ein Durchbruch: Mit dieser Resolution wird eindeutig anerkannt, dass die Privatisierung von Bildung Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte aufwirft, die dringend angegangen werden müssen.

„*Sehr erfreulich ist zu sehen*“, so Dr. Kambiz Ghawami, Geschäftsführer des World University Services (WUS), „*dass erstmalig in einer UN-Resolution Staaten dazu aufgefordert werden, so viel wie möglich ihrer finanziellen öffentlichen Ressourcen in die Bildung zu investieren, um Bildung als öffentliches Gut zu stärken und zu fördern*“.

Die Resolution wird weltweit von vielen Organisationen der Zivilgesellschaft begrüßt, denn der Beschluss stärkt deren Bestrebungen im Kampf gegen die Privatisierung von Bildung auf nationaler Ebene. So bekommen sie ein wei-



teres Instrument in die Hand, um die Staaten in ihrer grundlegenden Verpflichtung im Bildungsbereich zur Rechenschaft zu ziehen und alle Schritte in Richtung eines freizugänglichen, qualitativ hochwertigen öffentlichen Bildungssystems zu gehen.

Rückfragen an: *Stefanie Heise, Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd, Tel.: 0611-9446170, info-stelle@wusgermany.de, www.informationsstelle-nord-sued.de*

BUNDESWEITES ANERKENNUNGSSYSTEM FÜR KOMPETENZEN

Ergebnisse zum informellen und non-formalen Lernen

BIBB-PM 15/2016 - 05.04.2016

Dem informellen und non-formalen Lernen in Deutschland kommt eine hohe Bedeutung zu. Drei von vier Berufsbildungsexpertinnen und -experten wünschen sich eine stärkere Würdigung individueller Lernergebnisse, die außerhalb von Schulen, Ausbildung oder Hochschulen erworben werden. 70 % der befragten Expertinnen und Experten sprechen sich für ein deutschlandweit einheitliches Anerkennungssystem aus. Dies sind Ergebnisse einer Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung unter mehr als 300 Berufsbildungsfachleuten im Rahmen des „**BIBB-Expertenmonitors Berufliche Bildung**“.

Mehr als 80 % der Befragten aus Arbeitnehmerorganisationen, Forschung und Weiterbildung befürworten ein bundesweites Anerkennungssystem für berufliche Kompetenzen. Auch bei Befragten aus Betrieben (rund 73 %) und Kammern (rund 62 %) findet diese Forderung eine Mehrheit. Lediglich die befragten Vertreterinnen und Vertreter aus Arbeitgeberorganisationen und Schulen äußern sich zurückhaltender (rund 48 beziehungsweise rund 50 % Zustimmung). BIBB-Präsident Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser betont: „Um bislang ungenutzte Potenziale zu erschließen, benötigen wir für Menschen, die auf informellem Weg Kompetenzen erworben haben, verbesserte Möglichkeiten der formalen Anerkennung. Für eine solche Kultur der Anerkennung ist aber ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln aller am Bildungsprozess beteiligter Akteure erforderlich.“

Drei von vier Befragten betonen, dass sich durch eine verbesserte Anerkennung des informellen und non-formalen Lernens die beruflichen Chancen des Einzelnen verbessern lassen. Dies träfe insbesondere auf An- und Ungelernte zu. „Fehlende formale Qualifikationsnachweise sind gerade für Menschen ohne Abschluss oder Geringqualifizierte eine oft unüberwindbare Hürde auf dem Weg ins Berufsleben, obwohl sie Fachkenntnisse und Erfahrung besitzen. Ein einheitliches Anerkennungssystem für informelle Kompetenzen hilft vor allem den Menschen, die ihre Fähigkeiten bisher nicht auf dem Papier nachweisen können“, erklärt Dr. Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

Aber nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Betriebe können nach Auffassung der Expertinnen und Experten von einer verbesserten Anerkennung profitieren. Rund 60 % der Befragten aus Betrieben gehen davon aus, dass dies eine sinnvolle Maßnahme darstellt, um dem erwarteten Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Bisher eingesetzte Instrumente zur Kompetenzerfassung, wie der ProfilPASS, basieren größtenteils auf Selbsteinschätzungen und werden von den Fachleuten als unzureichend kritisiert. Auch die sogenannte Externenprüfung zur Erfassung der Fertigkeiten kann noch nicht überzeugen. Die Expertinnen und Experten plädieren bei der Kompetenzerfassung und -bewertung daher für die Nutzung von Arbeitsproben und Testverfahren. Referenzen und Zeugnisse seien dagegen weniger

aussagekräftig.

Für knapp 40 % der Expertinnen und Experten sollte eine Anerkennung informellen und non-formalen Lernens zu einem anerkannten Zertifikat führen, das einem formalen Berufsabschluss gleichgestellt ist. Eine große Mehrheit der Befragten befürwortet zudem die Anerkennung von Teilqualifikationen und sieht eine Leistung der Anerkennungsverfahren unter anderem darin, Prüfungszugangsberechtigungen zu erwerben. Mit der Zertifizierung informellen und non-formalen Lernens sollte nach einhelliger Meinung der Fachleute ein „glaubwürdiger Akteur“ beauftragt werden, um die Akzeptanz und Nutzung dieser Zertifikate auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Der Rat der Europäischen Union hat in einem Beschluss vom Dezember 2012 eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten ausgesprochen, bis zum Jahr 2018 nationale Regelungen für eine Anerkennung informellen und non-formalen Lernens zu entwickeln. Dass dies bis 2018 in Deutschland tatsächlich realisiert wird, bezweifeln über 70 % der Fachleute.

Die BIBB-Befragung erfolgte im August/September 2015 innerhalb des „Expertenmonitors Berufliche Bildung“.

Die ausführlichen Ergebnisse der Befragung können abgerufen werden unter

<https://www.bibb.de/bibb-expertenmonitor>

HÖCHSTE ZEIT FÜR KLARE KANTE!

Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ startet in die elfte Runde!

Auszubildende in Betrieben und Verwaltungen, Berufsschülerinnen und -schüler, JAVs sowie die Gewerkschaftsjugend sind wieder dazu aufgerufen, mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und für Akzeptanz und Vielfalt zu setzen. Egal ob Fotocollage, Video oder eine Aktion vor Ort – alles ist erlaubt, in der Darstellungsform sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt.

In der heutigen Zeit brauchen wir mehr denn je das Einstehen für Demokratie und Menschlichkeit“, erklärt der Vorsitzende der Gelben Hand, Giovanni Pollice.

Auch die Ministerpräsidentin Malu Dreyer betont anlässlich des Wettbewerbs die Bedeutung des gesellschaftspolitischen Engagements der jungen Generationen: „Der Wettbewerb ist eine wunderbare Auszeichnung für alle jungen Menschen, die entschieden gegen Rassismus eintreten, sich gegen Fremdenfeindlichkeit und für Solidarität einsetzen. Die Jugendlichen zeigen mit ihren Projektideen, dass man mit Engagement und Mut wirklich etwas bewegen kann.“

Dass das gerade in der jetzigen Zeit vor dem Hintergrund des politischen Rechtsrucks in Deutschland und Europa ein wichtiges Signal sei, unterstreicht der IG Metall-Vorsitzende, Jörg Hofmann: „Unsere Gesellschaft ist vielfältig und wie selbstverständlich finden unterschiedlichste Nationalitäten ihren Platz in unserer Gesellschaft. Der Einsatz für unsere Demokratie ist heute nur leider wieder von besonderer Bedeutung, betrachtet man das Erstarken rechter Kräfte in Europa und auch in unserem Land.“ Der IG Metall-Vorsitzende macht deutlich: „Fremdenfeindlichkeit hat in unserer Gesellschaft keinen Platz!“



Die Beiträge können bis 15. Januar 2017 eingereicht werden. Die Preisverleihung für die prämierten Projekte wird nächstes Frühjahr im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus am 15. März 2017 in Mainz stattfinden.

***Also auf geht's –
es ist höchste Zeit für klare Kante!***

Infos zur Anmeldung und Einsendung der Beiträge findet ihr im Netz unter:

<http://www.gelbehand.de/setz-ein-zeichen/wettbewerb-aktuell/>

Fortbildungen zur Politischen Bildung

Lea, die gemeinnützige Bildungsgesellschaft der GEW Hessen bietet folgende Fortbildungen an.

- **Der Islam – Schrecken des Abendlands. Wie sich der Westen sein (neues) Feindbild konstruiert.**
Prof. Dr. Werner Ruf; 17.11.2016 19.00 – 21.00 Uhr Frankfurt; 19.01.2017 19.00 – 21.00 Uhr Kassel
- **Antimuslimischer Rassismus – Warum**

braucht die Gesellschaft das Feindbild Islam?
Dr. Sabine Schiffer; 24.11.2016 19.00 – 21.30 Frankfurt

- **Binnendifferenzierung in den Fächern der politischen Bildung**
Dr. Peter Adamski; 22.11.2016 14.00 – 17.30 Uhr Frankfurt; 07.03.2017 14.00 – 17.30 Uhr Kassel

Anmeldungen unter 069 97129327 oder anmeldung@lea-bildung.de

MIT NIQAB AM ZERSPANUNGS-AUTOMAT

Nein, darum geht es nicht. Es geht um die Kulturhoheit im öffentlichen Raum. Mehr noch: Es geht schlichtweg um die „Entmenschlichung der Frau“ (Julia Klöckner, CDU). Es geht um unsere christlich-abendländische Kultur. „Kulturkampf um die Burka ?“, so titelt Frank Plasberg in „hart aber fair“¹ Burka, ein Sicherheitsrisiko? Da fragt das Fragezeichen nichts mehr, das Land hat wieder ein (Wahlkampf-)Thema. Zum Beispiel, ob schon der Sehschlitz der Niqab grundgesetzwidrig ist, oder erst das Gesichtsgitter, oder ob der Burkini verboten gehört oder –alternativ – die jungen islamischen Mädchen doch am Schwimmkurs teilnehmen können, wenngleich in ihrer eigenen Montur. Ein Symbol der Unterdrückung der Frau? Sicher, aber wenn frau sagt: Freiheit ist, dass frau selber entscheidet, was frau trägt – was dann?

Jedefrau kann verstehen, dass unser Horst Seehofer ein Deandl im Dirndl lieber sieht, als eine Frau in der „Uniform der Islamisten“². Aber- gibt es in diesem Land der Glückseligen kein anderes Problem? Die wachsende Kinderarmut zum Beispiel. Nein, sagt Horst, vor was sollen meine Landsleute jetzt noch Angst haben, nachdem es uns gelungen ist, die Flüchtlingsströme ins Meer umzulenken?

Ich selber habe noch keines dieser bedrohlichen Wesen zu Gesicht bekommen. Weder das Bundesamt für Migration noch die Landesministerien wissen, wie viele es deren

gibt³. Zugegeben, auch ich möchte im Minenspiel einer Frau, mit der ich „anbandeln“ will, lesen können, ob ich bei ihr ankomme. Ich möchte der Person in die Augen schauen. Das ist unsere Kultur. Vielmehr, das war sie. Schon die Sonnenbrille einer Blondine macht mich unsicher (und ich fange unter ihrem verschleierte Blick an zu stottern). Ohne Kommunikation keine Integration. Wohl wahr. Aber das „In-die-Augen-Schauen“ beim Kommunizieren hat sich sowieso erledigt. Ob den Augen-Blick durchs Gesichtsgitter oder durch den Screen-Filter von Apple – das tut sich nicht viel. Schaut vielleicht heute einer den anderen noch an, wenn er sich mit ihm „austauscht“? Schöne alte Welt, als Goethe, alias Faust, Gretchen gegenübertrat mit den Worten: Augenblick verweile, ach, wie bist du schön. Und das trotz Kopftuch.

Der Anblick der schwarzen Kutte ist – zugegebenerweise – gewöhnungsbedürftig. Toleranz ist kein Spaßfaktor, sie ist immer Respekt vor der Freiheit des Anderen. Da lobe ich mir den Optiker, der in Garmisch einen eigenen Raum für seine Niqab-Kundinnen eingerichtet hat. Mutig, dezent, (erste) Klasse. Oder den Metzgermeister im Südbadischen, der einem Syrer einen Ausbildungsplatz angeboten hat. Auf die Frage, ob dem Geflüchteten der Beruf gefalle, antwortete dieser mit Ja; ob er Schweinefleisch esse - mit Nein.

Ernst Hilmer

1 WDR am 12.9.16

2 Parteitagbeschlussvorlage der CSU

3 Hart aber fair, WDR am 12.9.16

BERUFSBILDUNG IN HERKUNFTSSPRACHEN ONLINE

BIBB-PM 23/2016 - 28.04.2016

Arabisch gehört zu den sechs offiziellen UN-Sprachen und eine große Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen und kommen, spricht Arabisch als Mutter- oder Fremdsprache. Schon bevor sie über deutsche Sprachkenntnisse verfügen, sind vielfältige Informationen rund um das Thema Ausbildung und Beruf für sie hilfreich und nötig. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bietet daher **Informationen zur deutschen Berufsbildung auch in arabischer Sprache** an. Neben einer allgemeinen Einführung in das deutsche Berufsbildungssystem

bietet das BIBB auf seinen Internetseiten auch Informationen zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse und aus der Bildungswirtschaft auf Arabisch (www.bibb.de)

Die Zentralstelle der Bundesregierung für internationale Berufsbildungskooperation (GOVET) im BIBB bietet auf der Internetseite www.govet.international/ppt als Erstinformation eine PowerPoint Präsentation zur dualen Berufsausbildung in Deutschland. Neben Fassungen in Arabisch und Deutsch

steht die Präsentation auch in Chinesisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Russisch und Spanisch zum Download bereit.

Auch das Informationsportal zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen www.anererkennung-in-deutschland.de steht in einer arabischen Sprachversion zur Verfügung. Weitere Sprachen sind – neben Deutsch und Englisch – Griechisch, Italienisch, Polnisch, Rumänisch, Spanisch und Türkisch.

LEBENSENTGELTE: QUALIFIKATION ZAHLT SICH AUS

Je höher der Abschluss, desto höher das Gehalt – das stimmt meistens, aber nicht immer. Mit Akademikertätigkeiten verdienen Vollzeitbeschäftigte auf das ganze Berufsleben gerechnet im Durchschnitt gut 1,25 Millionen Euro mehr als mit Helfertätigkeiten. Jobs für Fachkräfte, bei denen also in der Regel eine Berufsausbildung vorausgesetzt wird, bringen rund 330.000 Euro mehr als Helferjobs, und Jobs, die einen Meister-, Techniker- oder anderen Fortbildungsabschluss erfordern, ein Plus von 910.000 Euro gegenüber Helferjobs. Aber es gibt auch Akademikerstellen, die schlechter bezahlt werden als Tätigkeiten auf Fachkräfteniveau. Das zeigt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

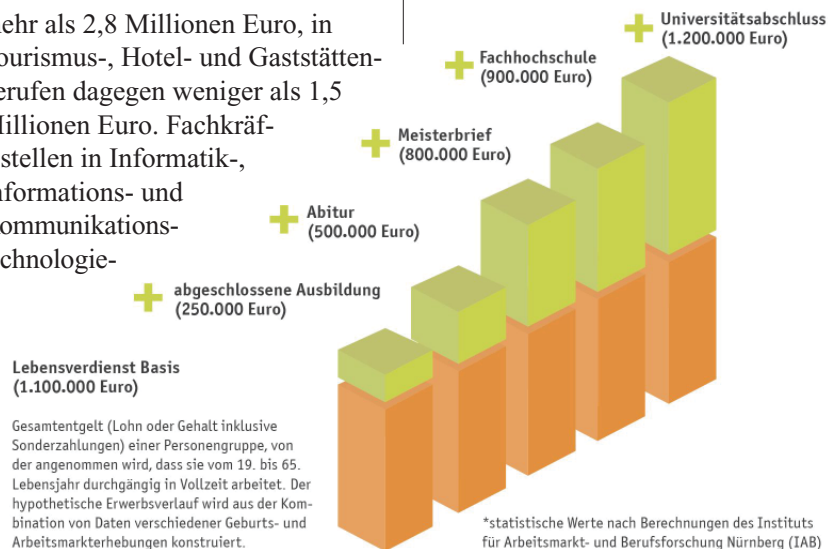
Auf das gesamte Erwerbsleben gerechnet bekommen Beschäftigte in Helferjobs gut 1,1 Millionen Euro brutto, in Jobs auf Fachkräfteniveau knapp 1,5 Millionen Euro,

auf Meister- oder Technikerniveau rund 2,0 Millionen Euro und in Akademikerjobs fast 2,4 Millionen Euro.

Je nach Berufsgruppe unterscheiden sich die Einkommen aber deutlich. Bei Akademikerstellen in medizinischen Gesundheitsberufen beträgt der Bruttoverdienst im Lebensverlauf im Durchschnitt mehr als 2,8 Millionen Euro, in Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufen dagegen weniger als 1,5 Millionen Euro. Fachkräftestellen in Informatik-, Informations- und Kommunikationstechnologie-

berufen sind mit fast 2,2 Millionen deutlich höher bezahlt. Auch Fachkraft-Tätigkeiten im Bereich Finanzdienstleistungen, Rechnungswesen und Steuerberatung sind mit einem durchschnittlichen Lebenseinkommen von mehr als zwei Millionen Euro verbunden.

IAB-PM 04.08.2016



BERUFLICH QUALIFIZIERTE AN DIE HOCHSCHULEN IM LANDE HESSEN

(3) Im Rahmen eines **Modellversuchs** an den Hochschulen des Landes zur Erprobung neuer Wege des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte nach § 54 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 in Verbindung mit Abs. 6 Satz 2 des Hessischen Hochschulgesetzes besitzen Personen mit mittlerem Schulabschluss und qualifiziertem Abschluss einer mindestens dreijährigen anerkannten Berufsausbildung, die nach dem 1. Januar 2011 abgeschlossen wurde, eine Hochschulzugangsberechtigung entsprechend § 54 Abs. 2 Satz

2 in Verbindung mit Satz 1 Nr. 3 des Hessischen Hochschulgesetzes. Ein qualifizierter Abschluss im Sinne von Satz 1 liegt vor bei einer im Abschlusszeugnis der Berufsausbildung ausgewiesenen Durchschnitts-, Gesamt- oder Abschlussnote von 2,5 oder besser. Die Immatrikulation setzt den Abschluss einer Studienvereinbarung voraus, in der sich die Studierenden des Modellversuchs verpflichten, an den für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Modellversuchs erforderlichen Daten-

erhebungen und Befragungen mitzuwirken und im ersten Semester mindestens 18 oder im ersten Studienjahr 30 Leistungspunkte nach dem European Credit Transfer and Accumulation System (Credit Points) zu erbringen. Die Evaluierung des Modellversuchs soll bis zum Ende des Sommersemesters 2021 abgeschlossen sein.

Nr. 34 – Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen – 30. Dezember 2015

DIDAKTIK IM BRENNPUNKT VON DISKUSSION UND GESTALTUNG

Die Bundesarbeitsgemeinschaften für Berufsbildung in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Informationstechnik, Metalltechnik und Fahrzeugtechnik e. V.

Seit 1983 haben sich die Bundesarbeitsgemeinschaften als fester Bestandteil in der Welt der Berufsbildung unterschiedlicher Fachrichtungen etabliert. Sie sind Plattform für den Dialog zwischen allen an der Berufsbildung Beteiligten in Betrieb, berufsbildender Schule und Hochschule.

Ziele

Als eine der größten Bundesarbeitsgemeinschaften hat sich die BAG ElektroMetall das Ziel gestellt, die berufliche Bildung in den jeweiligen Fachrichtungen Elektro-, Informations-, Metall- und Fahrzeugtechnik auf allen Ebenen weiterzuentwickeln. Konkret bedeutet dies, einen ständigen Diskurs auf dem Feld zu führen, das sich zwischen den Eckpunkten Handlungsorientierung, Arbeitsprozessorientierung, berufliche Gestaltungskompetenz und Nachhaltigkeit erstreckt. Die Dimensionen dieses Diskurses sind komplex und umfassen die beruflich-fachlichen Didaktiken und deren unterrichtliche Repräsentanzen ebenso wie das betriebliche Handeln und die wissenschaftliche Forschung, Entwicklung und Lehre. Damit ergibt sich in den Bundesarbeitsgemeinschaften die einmalige Gelegenheit, die drei Stränge der Berufsbildungsgestaltung zu bündeln und zu einer gemeinsamen, alle Bereiche befruch-

tenden Diskussion zu führen.

Publikation

Eine zentrale Rolle in der Diskussion spielt hierbei die Zeitschrift „lernen & lehren“, die viermal im Jahr erscheint. Sie ermöglicht es, den Diskurs in eine breite Fachöffentlichkeit zu tragen. Außerdem stellt sie für die Mitglieder der BAG regelmäßig wichtige Informationen bereit, die sich auf aktuelle Entwicklungen in den Fachrichtungen beziehen. Sie bietet auch Materialien für Unterricht und Ausbildung und berücksichtigt abwechselnd Schwerpunktthemen aus der Elektrotechnik und Informationstechnik einerseits sowie der Metalltechnik und Fahrzeugtechnik andererseits. Berufsübergreifende Schwerpunkte finden sich immer dann, wenn es wichtige didaktische Entwicklungen in der Berufsbildung gibt, von denen spürbare Auswirkungen auf die betriebliche und schulische Umsetzung zu erwarten sind.

Fachtagungen

Neben jährlichen Fachtagungen gestalten die Bundesarbeitsgemeinschaften darüber hinaus als traditionelle Aufgabe im zweijährlichen Turnus die Fachtagungen Elektrotechnik und Metalltechnik

im Rahmen der HOCHSCHULTAGE BERUFLICHE BILDUNG. Sie öffnen so einer breiten Fachöffentlichkeit den Blick auf Entwicklungstendenzen, Forschungsansätze und Praxisbeispiele in den Feldern der elektrotechnischen, informationstechnischen, metalltechnischen sowie fahrzeugtechnischen Berufsbildung. Damit geben sie häufig auch Anstöße, Bewährtes zu überprüfen und Neues zu wagen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaften möchten all diejenigen ansprechen, die in der Berufsbildung in einer der Fachrichtungen Elektro-, Informations-, Metall- und Fahrzeugtechnik tätig sind wie z. B. Lehrer/-innen, Ausbilder/-innen, Hochschullehrer/-innen sowie Vertreter/-innen von öffentlichen und privaten Institutionen der Berufsbildung.

Es erfordert nur einen geringen Jahresbeitrag, um Abonnent der Zeitschrift „lernen & lehren“ zu werden und in den Bundesarbeitsgemeinschaften ElektroMetall mitwirken zu können.

Der Kontakt zur BAG lässt sich am einfachsten über die Website oder die Geschäftsstelle an der Universität Bremen herstellen:

BAG Elektro-, Informations-, Metall- und Fahrzeugtechnik e. V.
E-Mail: kontakt@bag-elektrometall.de

Web: www.bag-elektrometall.de



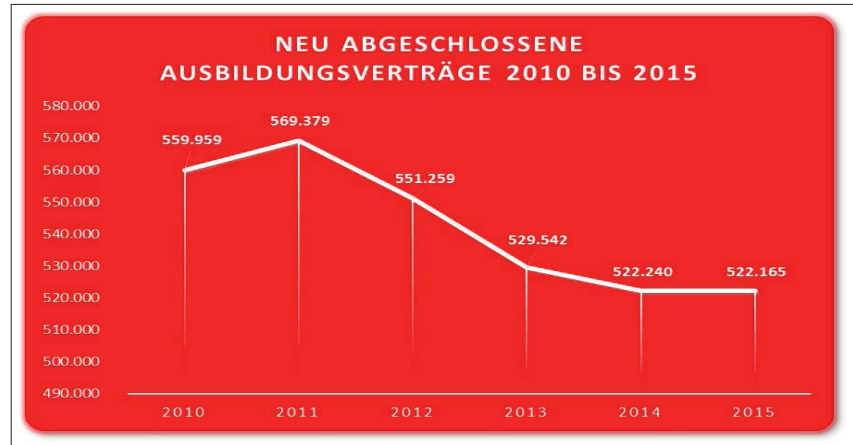
NEUES AUSBILDUNGSJAHR STARTET MIT ACHT MODERNISIERTEN BERUFEN

BIBB-Pressemitteilung 35/2016 - 27.07.2016

Vom „Anlagenmechaniker Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“ bis zum „Rollladen- und Sonnenschutzmechatroniker“ - mit acht modernisierten dualen Ausbildungsberufen beginnt am 1. August offiziell das neue Ausbildungsjahr. Dann werden wieder mehrere hunderttausend Jugendliche und junge Erwachsene mit ihrem neuen Ausbildungsvertrag in der Tasche in ihr neues Berufsleben starten.

„Die permanente Modernisierung der dualen Ausbildungsberufe in Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Sozialpartnern und Kammern ist ein Markenzeichen des weltweit anerkannten dualen Ausbildungssystems und zeigt, wie dynamisch und anpassungsfähig es ist“, betont Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). „Diese Flexibilität sichert zum einen die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Zum anderen werden Jugendlichen und jungen Erwachsenen praxisnahe und arbeitsmarktrelevante Qualifikationen vermittelt, die von den Betrieben nachgefragt werden und die ihnen attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen.“

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt, so Esser weiter, sei für die berufliche Bildung Chance und Herausforderung zugleich. „Da die sich verändernden Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten bereits jetzt in die Fortschreibung der Berufe einfließen, ist die berufliche Bildung für die neuen Herausforderungen gut gewappnet.“ Gleichzeitig bietet die Digitalisierung nach den Worten



des BIBB-Präsidenten die Chance, die berufliche Bildung noch attraktiver zu gestalten.

Mit Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. August 2016 treten insgesamt acht modernisierte Ausbildungsordnungen in Kraft:

- ✓ Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik / Anlagenmechanikerin für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- ✓ Dachdecker / Dachdeckerin
- ✓ Fachkraft für Veranstaltungstechnik
- ✓ Fischwirt / Fischwirtin
- ✓ Graveur / Graveurin
- ✓ Hörakustiker / Hörakustikerin
- ✓ Metallbildner / Metallbildnerin
- ✓ Rollladen- und Sonnenschutzmechatroniker / Rollladen- und Sonnenschutzmechatronikerin

Insgesamt können Jugendliche und junge Erwachsene aus einer Gesamtzahl von 328 anerkannten dualen Ausbildungsberufen auswählen. Wie anpassungsfähig die duale Berufsausbildung in Deutschland ist, verdeutlicht die Tatsache, dass das BIBB seit 2003 insgesamt 242 Ausbildungsordnungen überarbeitet und

an die aktuellen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Anforderungen angepasst hat. Dabei wurden 205 Ausbildungsordnungen modernisiert und 37 Ausbildungsberufe neu geschaffen. In den 17 im vergangenen Jahr modernisierten Ausbildungsberufen wurden 2015 rund 7.600 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Aktuell arbeitet das BIBB an der Modernisierung von neun weiteren Ausbildungsordnungen, die voraussichtlich im Ausbildungsjahr 2017 in Kraft treten werden. Darunter befinden sich zum Beispiel die beiden stark besetzten Ausbildungsberufe des Einzelhandels (Kaufmann/-frau im Einzelhandel und Verkäufer/-in) sowie der/die Automobilkaufmann/-frau und der/die Verfahrenstechnologe/-in Metall. Wie bei allen Neuordnungsbeziehungsweise Modernisierungsverfahren wird parallel hierzu auch der Rahmenlehrplan für den schulischen Teil der dualen Berufsausbildung von der Kultusministerkonferenz (KMK) erarbeitet.

Weitere Infos unter www.bibb.de/neue-berufe

ÄNDERUNGSBEDARF BEI IT-BERUFEN

BIBB schließt Untersuchung zur Modernisierung der IT-Berufe ab

Das BIBB hat den Modernisierungsbedarf der vier dualen IT-Berufe Fachinformatiker/-in, IT-System-Elektroniker/-in, IT-System-Kaufmann/-frau sowie Informatikkaufmann/-frau untersucht. Die bislang vorliegenden Ergebnisse, die auf einen Modernisierungsbedarf bei Struktur und Inhalten der Berufe hinweisen, wurden Ende September auf einem Workshop mit rund 50 Expertinnen und Experten aus Betrieben, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, Berufs- und Hochschulen sowie Vertreterinnen und Vertretern von Bundes- und Landesministerien

in Bonn diskutiert. Neben einem Modernisierungsbedarf in bestimmten Bereichen - zum Beispiel bei IT-Security, Cloud Computing oder Virtualisierung - wurde auch vorgeschlagen, die Berufsprofile neu aufeinander abzustimmen, um deren Passgenauigkeit zu erhöhen. Der bis Jahresende vorliegende Projektabschlussbericht wird dann die Grundlage für die weitere bildungspolitische Diskussion darstellen.

Die IT-Berufe genießen seit ihrer Einführung im Jahr 1997 bei Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Auszubildenden ein hohes Anse-

hen. Die Zahl der jährlich bundesweit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt in den vier IT-Berufen stabil bei etwa 15.000, zuletzt mit leicht steigender Tendenz. Das große Interesse an diesen Berufen, die von Ausbildungsbetrieben aller Branchen angeboten werden, zeigte sich auch in der hohen Beteiligung an den Erhebungen des BIBB. So haben an der vom BIBB durchgeführten Online-Befragung im Frühjahr 2016 mehr als 6.000 Personen teilgenommen.

BIBB-Newsletter 10/2016

ZUR PRODUKTIONSSCHULE

Entwurf des Hess. Schulgesetzes

§ 60 (3)

Die nach § 59 Abs. 3 verlängerte Vollzeitschulpflicht kann durch den Besuch einer Schule im Bereich der Mittelstufe (Sekundarstufe I), einer beruflichen Vollzeitschule oder des außerschulischen Bildungsangebotes einer Produktionsschule erfüllt werden. Zwischen Produktionsschulen und beruflichen Schulen können mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde Kooperationen vereinbart werden.

Begründung des HKM zur Novellierung des Schulgesetzes § 60 (3):

„Die Regelung zur verlängerten Vollzeitschulpflicht wird klarstellend dahingehend ergänzt, dass diese Pflicht auch im Rahmen eines außerschulischen Bildungsangebots an einer Produktionsschule erfüllt werden kann.

Zugleich wird durch den Terminus „außerschulisch“

dem Missverständnis vorgebeugt, bei einer sogenannten Produktionsschule handele es sich um eine Schule im Sinne des Schulgesetzes (vgl. § 2 Abs. 1 Satz 1). Vielmehr handelt es sich dabei um Angebote neben der Schule, die eigenständige betriebsähnliche Bildungseinrichtungen darstellen, die im Wesentlichen durch eine zielgerichtete Verschränkung systematisierter, beruflicher Qualifikation oder beruflicher Ausbildung mit erwerbsorientierter Produktion gekennzeichnet sind.

Um die Handlungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen zu erweitern, wird ergänzend eine Kooperationsmöglichkeit zwischen beruflichen Schulen und außerschulischen Produktionsschulen eingeführt. Eine Kooperation unterliegt im Interesse der betroffenen Jugendlichen zur Sicherung der Bildungsqualität nach § 92 dem Genehmigungsvorbehalt des zuständigen Staatlichen Schulamts.“

Auch das Übergangssystem braucht eine Exzellenzinitiative!

Produktionsschulen können den Übergang von Schule zu Beruf für benachteiligte junge Menschen erleichtern und verbessern.

DGB -AUSBILDUNGSREPORT 2016

Der zum elften Mal vorgelegte bundesweite Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeichnet ein umfassendes Bild der Situation der dualen Ausbildung in Deutschland. 13.603 Auszubildende aus den 25 am häufigsten frequentierten Ausbildungsberufen beteiligten sich an der schriftlichen Befragung. Damit zeichnet der Ausbildungsreport erneut ein umfassendes und repräsentatives Bild der Ausbildungssituation in Deutschland.

Zwar zeigen sich 71,7 Prozent der Auszubildenden zufrieden, gleichzeitig jedoch werden deutliche Qualitätsmängel abhängig von Branchen, Ausbildungsberufen und Betriebsgrößen deutlich. So gaben gut 10 % aller Auszubildenden an, immer oder häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten leisten zu müssen und gut 8 % der Auszubildenden steht kein/e Ausbilder/in zur Verfügung. Jede/r dritte Auszubildende (34,8 %) muss regelmäßig Überstunden leisten, nur zwei Drittel der Auszubildenden verfügt überhaupt über einen betrieblichen Ausbildungsplan. Fast jede/r zweite Auszubildende im dritten Ausbildungsjahr wusste zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht, ob er/sie im Anschluss an die Ausbildung übernommen wird.

Pünktlich zum Ausbildungsstart beginnen seitens der Arbeitgeber nun wieder die Klagen über die unbesetzten Ausbildungsplätze. Doch das Problem ist hausgemacht: Es ist kein Zufall, dass die Ausbildungsstellen in jenen Bereichen nicht besetzt werden können, die seit Jahren von den befragten Auszubildenden im Ausbildungsreport schlecht bewertet werden. Dies trifft unter anderem auf die Berufe im Hotel- und Gaststättengewerbe ebenso zu wie auf Teile des Handwerks und des Einzelhandels.

Der diesjährige Schwerpunkt betrachtet psychische Belastungen in der Ausbildung: Während jede/r fünfte Auszubildende über Zeit- oder Leistungsdruck in der Ausbildung klagt, fühlt sich die Hälfte der Auszubildenden in mindestens einem abgefragten Bereich (ständige Erreichbarkeit, Probleme mit Kollegen/innen/Vorgesetzten, Lage der Arbeitszeiten/Schichtdienst, lange Fahrzeiten, ...) stark belastet.

strukturellen Rahmenbedingungen besteht. Eine zeitgemäße Ausstattung der Berufsschulen mit Unterrichtsmaterial, Schulbüchern, technischen Geräten und Ähnlichem ist ebenso wichtig wie ausreichend Personal, das einen regelmäßigen Berufsschulunterricht in sinnvollen Klassengrößen ermöglicht und damit maßgeblich zum Lernerfolg beiträgt.“



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2016

Die Einschätzung der fachlichen Qualität des Berufsschulunterrichts stimmt besonders bedenklich: Gerade einmal 56,7 % der befragten Auszubildenden bewerten die fachliche Qualität noch als mindestens gut – im Jahr 2009 waren es noch zwei Drittel der Befragten. Die im Ausbildungsreport formulierte Forderung der DGB-Jugend lautet (S. 22f.): „Bereits der Ausbildungsreport 2012 zeigte auf, dass ein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Auszubildenden mit der Berufsschule und deren infra-

Der Ausbildungsreport ist ein deutlicher Beleg für die langjährigen gewerkschaftlichen Forderungen an die Länder, die Rahmenbedingungen für das Lernen in den berufsbildenden Schulen nachhaltig zu verbessern.

Dieter Staudt

Der Ausbildungsreport kann über www.jugend.dgb.de heruntergeladen oder bei der Homepage bestellt werden.

STIMMEN ZUM OECD-BILDUNGSBERICHT 2016



Bildung auf einen Blick 2016 OECD-INDIKATOREN



Am 15. September wurde der diesjährige OECD-Bericht „Education at a Glance/Bildung auf einen Blick“ von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Berlin vorgestellt. Die OECD-Studie belegt positive Ergebnisse für Deutschland vor allem im Übergang in das Berufsleben und bei den MINT-Absolvierenden. Die Erwerbslosenquote in Deutschland liegt in allen Bildungsbereichen unter dem OECD-Durchschnitt. Der OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher nennt den „reibungslosen Übergang“ von der Ausbildung in den Beruf die „herausragendste Stärke des deutschen

Bildungssystems“. Höhere Einkommen und niedrige Arbeitslosigkeit zeigten, „dass sich Bildung lohnt“. Trotzdem bleibt das Problem der vielen Niedrigqualifizierten ungelöst. Der Anteil junger Menschen ohne qualifizierten Abschluss stagniert seit Jahren, mehr als jeder Zehnte ist ohne Abitur oder Ausbildung und hat dadurch deutlich schlechtere Lebenschancen.

Die GEW zur OECD-Studie (Auszug) PM 15.09.2016

Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe mahnte Bund und Länder, ihre Anstrengungen für ein qualitativ besseres und zukunftsfähiges Bildungssystem fortzusetzen und zu steigern. Die OECD-Studie zeige, dass Deutschland bei der Finanzierung des Bildungswesens weiterhin starken Nachholbedarf habe. „Auf

dem Dresdener ‚Bildungsgipfel‘ haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten 2008 vereinbart, ab 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung auszugeben. Sieben Prozent für Bildung, drei für Forschung. Von diesem Ziel sind wir immer noch weit entfernt“, sagte Tepe mit Blick auf die OECD-Daten. Im internationalen Vergleich liege Deutschland 0,6 Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt von 4,8 Prozent des BIP der öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen.

Entsprechend den veränderten gesellschaftlichen Anforderungen muss auch die in Sonntagsreden immer gern bemühte Berufs- und Weiterbildung ausgebaut werden, unterstrich Tepe. Zudem sei die Umsetzung der Inklusion in allen Bildungsbereichen nur mit deutlich mehr personellen und materiellen Ressourcen zu bewältigen.

Der DGB zur Studie (Auszug) PM 15.09.2016

Stellv. DGB-Vorsitzende Elke Hannack: Der OECD-Bericht zeigt auch: Das duale System der Berufsausbildung ist gut, die Jugendarbeitslosigkeit ist bei uns vergleichsweise niedrig. Aber: Man kann nicht in Sonntagsreden die Bedeutung der beruflichen Bildung in Deutschland bejubeln, während die OECD eine Einkommensschere zwischen Akademikern und beruflich Qualifizierten erkennt. Es reicht nicht, dass Bundesregierung und Arbeitgeber in Hochglanzkampagnen für eine Berufsausbildung im Betrieb werben. Nur wer jungen Menschen gute Karriereperspektiven und einen anständigen Lohn bietet, wird diese auch für eine

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen
-Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann
Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker
Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegen genommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

berufliche Ausbildung gewinnen können. Zudem müssen Facharbeiter bessere Möglichkeiten haben, sich für die neuen Herausforderungen der Arbeitswelt zu wappnen. Für bessere Weiterbildung ist daher ein Rechtsanspruch auf Bildungsteilzeit dringend notwendig. Die Beschäftigten brauchen die Garantie, für Qualifizierung auch freigestellt zu werden.

Bei aller Freude über die steigende Zahl der Abiturienten und der Studierenden: Die Polarisierung der Bildungschancen bleibt ein handfestes Problem. Fast zwei Millionen Menschen haben keine abgeschlossene Ausbildung. Rund 270.000 Jugendliche stecken in den zahllosen Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung fest. Nicht einmal jedem zweiten Hauptschüler gelingt der direkte Sprung in die Ausbildung. Die Bundesregierung muss die versprochene Ausbildungs-garantie umsetzen und einen Bund-Länder-Pakt für die Berufsschulen schmieden. Die Betriebe müssen sich deshalb gerade auch Hauptschülern für eine Ausbildung öffnen. In Regionen mit angespanntem Ausbildungs-markt werden wir auch außerbetriebliche Ausbildung benötigen.“

Die KMK zur Studie (Auszüge) 15.09.2016

„Der Übergang von Bildung in das Berufsleben funktioniert in Deutschland so gut wie in fast keinem anderen Land“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka bei der Präsentation der Ergebnisse. Die Erwerbslosenquote in Deutschland liegt in allen Bildungsbereichen unter dem OECD-

Durchschnitt. Im Tertiärbereich beträgt die Quote der Erwerbslosen nur 2,3% (OECD-Durchschnitt: 4,9%.) Auffallend niedrig ist die Erwerbslosenquote mit 4,3% insbesondere auch für Personen mit mittleren Qualifikationen, also einem Abschluss im Sekundarbereich II bzw. im postsekundären, nicht-tertiären Bereich (OECD-Durchschnitt: 7,3%). Diese Quote hat sich in den letzten 10 Jahren in Deutschland mehr als halbiert (Rückgang von 11,0% in 2005 auf 4,3% in 2015) während sie im OECD-Durchschnitt gestiegen ist (von 6,3% in 2005 auf 7,3% in 2015).

Die positiven Beschäftigungsergebnisse sind eng mit den Stärken des beruflichen Bildungssystems in Deutschland verknüpft. Mehr als die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen (51%) wählt diesen Weg als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit. Dies ist der zweithöchste Wert im OECD-Vergleich (OECD-Durchschnitt: 26%). Um das duale System in Deutschland auch zukünftig so erfolgreich zu gestalten, wird es, auch im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung, verstärkt darum gehen, die berufliche Bildung auf neue Anforderungen des Arbeitsmarktes auszurichten und Qualifizierungsmöglichkeiten noch stärker in den Blickpunkt zu rücken.

„Ich habe daher in der letzten Woche die Initiative Berufsausbildung 4.0 gestartet, mit der wir als BMBF die Digitalisierung in der Ausbildung schneller voranbringen wollen“, so Wanka weiter.

„Bildung ist Entfesselung durch Selbstmotivation, durch Selbstartikulation und Selbstorganisation in gemeinschaftlicher Kontrolle.“

Paulo Freire

ONLINE-SPIEL: „MALA & DIE BILLIG-ZOMBIES“

Im Rahmen des Projektes „Ob Kittel oder Blaumann – Auszubildende für faire Arbeitskleidung“ präsentiert die Kampagne für Saubere Kleidung ein Browsergame, das wesentliche Kritikpunkte an den Rahmenbedingungen in der Arbeitskleidungs-Industrie auf spielerische Weise, aber mit ernstem Bezug thematisiert. In der Rolle der Protagonistin Mala sieht man sich beim Versuch, unbeschadet durch eine Bekleidungs-Fabrik zu navigieren und möglichst viele Knöpfe einzusammeln, den Hindernissen und Gefahren im Arbeitsalltag einer Näherin ausgesetzt. Mala startet ohne Arbeitsvertrag in ihr Abenteuer, Notausgänge sind versperrt, hier und da fallen Steine von der Decke oder es brennt, Chemikalienfässer hinterlassen blubbernde Pfützen.

Malas Arbeitstag wird zudem durch weitere Hindernisse erschwert und auch ihr Lohn ist nicht gesichert: In der Endabrechnung werden ihr die meisten der mühsam eingesammelten Knöpfe wieder abgezogen, ihr Lohn bleibt mickrig. Da hilft nur die Gründung einer Gewerkschaft: Durch geschicktes Spielen können die Kolleginnen, die überall in der Fabrik an ihren Nähmaschinen sitzen, organisiert werden, wodurch die Abzüge reduziert und schließlich ein existenzsichernder

Lohn erreicht und das Spiel gewonnen werden kann.

Zum Spiel der Kampagne für Saubere Kleidung unter: <http://www.sauberekleidung.de/game>



„EINGEFÄDELT“: LERNMATERIAL ZUR BEKLEIDUNGSINDUSTRIE



Mit dem Materialpaket „Eingefädelt“ der Christlichen Initiative Romero schauen Multiplikator*innen, z.B. Lehrkräfte, und Jugendliche hinter die Kulissen der (Sport-)Bekleidungsindustrie und lernen, welche Geschichten in ihrer Kleidung stecken und welche Verantwortung sie beim Shoppen haben.

Das Kit beinhaltet eine Broschüre mit Hintergrundinformationen für Lehrkräfte, elf Lern- und Aktionskarten sowie eine Material-CD. Die Lernkarten enthalten Erklärungen und Hinweise für die Arbeit mit Gruppen. Die Aktionskarten richten sich direkt an Jugendliche und können von ihnen selbstständig genutzt werden.

Broschüre, 80 Seiten, 11 Lern- und Aktionskarten, 1 CD Schutzgebühr: 7 Euro

Infos und Bestellmöglichkeit unter: <http://www.ci-romero.de/material-details/produkt/eingefaedelt-arbeits-hilfe-fuer-multiplikatorinnen>